



V 6458 EX

STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG - HOLSTEIN

36. Jahrgang · Heft 6

Juni 1984

Grafik des Monats: Ausstattung der Haushalte
Aufsätze: Ausstattung der Haushalte
Reiseziel Schleswig-Holstein

Aus unserem Archiv

Statistisches Amt für Hamburg
und Schleswig-Holstein
Bibliothek
Standort Kiel

Wertschöpfung der Wirtschaftsbereiche



Herausgegeben vom

STATISTISCHEN LANDESAMT SCHLESWIG-HOLSTEIN

Wirtschaftsstatistische Schnellinformation

		absolut	Veränderung gegenüber gleichem Monat des Vorjahres in %	Monatsdurchschnitt	Veränderung gegenüber gleichem Zeitraum des Vorjahres in %
Verarbeitendes Gewerbe¹					
		März 1984		Januar bis März 1984	
Beschäftigte	1 000	162	- 2,7	162	- 2,8
Geleistete Arbeiterstunden	Mill. Std.	17	- 2,8	16	- 1,8
Löhne und Gehälter	Mill. DM	468	+ 0,3	464	+ 1,6
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	2 905	- 2,5	2 797	+ 4,5
Inlandsumsatz	Mill. DM	2 370	+ 0,8	2 239	+ 4,0
Auslandsumsatz	Mill. DM	536	- 14,7	558	+ 6,3
Auftragseingang					
ausgewählter Wirtschaftszweige	Mill. DM	2 210	+ 43,4	1 733	+ 1,4
aus dem Inland	Mill. DM	1 719	+ 53,6	1 281	+ 2,5
aus dem Ausland	Mill. DM	490	+ 16,3	452	- 1,8
Energieverbrauch	1 000 t SKE	241	+ 18,3	227	+ 16,4
Bauhauptgewerbe²					
Beschäftigte	1 000	47	+ 0,3	47	+ 3,8
Geleistete Arbeitsstunden	Mill. Std.	5	+ 0,8	4	+ 5,8
Löhne und Gehälter	Mill. DM	116	+ 6,5	96	+ 11,0
Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	252	- 0,9	217	+ 0,8
Auftragseingang ³	Mill. DM	265	- 25,7	194	- 14,8
Baugenehmigungen⁴					
Wohnbau	Wohnungen	1 028	- 30,9	1 010	- 5,6
Nichtwohnbau	1 000 m ³ umbauter Raum	330	- 64,7	326	- 46,7
Einzelhandel					
		Februar 1984		Januar bis Februar 1984	
Umsatz (einschl. Umsatzsteuer)	Meßziffer 1980 = 100	98,3	+ 6,6	97,9	+ 6,0
Gastgewerbe					
Umsatz (einschl. Umsatzsteuer)	Meßziffer 1980 = 100	70,0	+ 2,9	70,0	+ 0,0
Fremdenverkehr⁵					
Ankünfte	1 000	96	+ 15,2	88	+ 11,1
Übernachtungen	1 000	347	+ 14,5	325	+ 11,8
Arbeitsmarkt					
		März 1984		Januar bis März 1984	
Arbeitslose	Anzahl	115 248	+ 1,7	120 582	+ 1,0
Ausfuhr					
		Februar 1984		Januar bis Februar 1984	
Ausfuhr	Mill. DM	679	+ 24,1	690	+ 22,8
Ausfuhr ohne Schiffe	Mill. DM	679	+ 24,1	689	+ 22,5
Kredite⁶					
Bestand am Monatsende					
kurzfristige Kredite	Mill. DM	9 047	+ 4,1	8 994	+ 3,0
mittel- und langfristige Kredite ⁷	Mill. DM	40 405	+ 6,8	40 474	+ 7,1

1) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. Zur Methode siehe Statistischen Bericht E I 1

2) Zur Methode siehe Statistischen Bericht E II 1 3) Nur Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten

4) Nur Errichtung neuer Gebäude 5) in Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten (ohne Jugendherbergen und Campingplätze)

6) an inländische Unternehmen und Private 7) einschließlich durchlaufender Kredite

INHALT 6/84

	Seite
Aktuelle Auslese	97
Aufsätze	
Die Ausstattung privater Haushalte mit aus- gewählten langlebigen Gebrauchsgütern ...	98
Reiseziel Schleswig-Holstein	106
Aus unserem Archiv	112
Grafik des Monats	104
Tabellenteil	Beilage
Wirtschaftskurven B (Industrie)	3. Umschlagseite

Beachten Sie bitte die Inhaltsübersichten
auf den übrigen Seiten dieser Einlage!

Inhalt der letzten fünf Hefte nach Monaten

Heft 1/1984

Regionale Verbreitung von Feldfrüchten
Verarbeitendes Gewerbe

Heft 2/1984

Berufspendler 1982
Feldfruchternte 1983

Heft 3/1984

Gartenbau
Binnenfischerei

Heft 4/1984

Schleswig-Holstein im Jahre 1983

Heft 5/1984

Der Hamburg-Nachbarraum bis 1995



STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG-HOLSTEIN

36. Jahrgang

Heft 6

Juni 1984

Aktuelle Auslese



Abnehmende Studienabsichten

Das Interesse der schleswig-holsteinischen Schüler an einem Studium ist weiter abnehmend. Die Befragung der Schüler, die voraussichtlich die Schule mit der Hochschulreife oder Fachhochschulreife verlassen, hat 1984 den bisher niedrigsten Anteil der Studierwilligen ergeben. Nur noch 56 % der 10 049 erfaßten Schüler hatten ein Vierteljahr vor ihrer Schulentlassung die Absicht, ein Studium aufzunehmen. Gegenüber dem Vorjahr ist dieser Anteil sprunghaft um 6 Prozentpunkte gesunken, während er 1981 bis 1983 jeweils nur um 2 Prozentpunkte abgenommen hatte. Obwohl 1984 die Zahl der erfaßten Schüler gegenüber 1983 um 6 % gestiegen ist, hat der starke Rückgang der Studierneigung bewirkt, daß sich die absolute Zahl der Studierwilligen erstmals seit 1979 verringert hat.



Einrichtungen der Jugendhilfe

Ende 1982 zählte man 2 000 Einrichtungen der Jugendpflege, z. B. 885 Kindergärten, 138 Heime für gesunde und behinderte Kinder, 223 Jugendheime, -zentren, Häuser der offenen Tür, und eine Vielzahl spezieller Einrichtungen in jeweils erheblich geringerer Anzahl. In diesen Einrichtungen wurden – soweit solche Aussage sinnvoll gemacht werden kann – über 66 000 Plätze angeboten, darunter allein knapp 44 000 Kindergartenplätze. Die meisten Einrichtungen (70 %) hatten freie Träger wie eine Jugendgruppe, die Arbeiterwohlfahrt und vor allem die Kirchen, die allein mit über 450 Kindergärten, -krippen und -horten herausragend engagiert sind. Die öffentlichen (24 %) und privaten (6 %) Träger treten demgegenüber deutlich zurück. Bei den verfügbaren Plätzen ragen die freien Träger mit 75 % noch stärker heraus.



Lehrernachwuchs 1984

An den Seminaren des Landesinstituts Schleswig-Holstein für Praxis und Theorie der Schule (IPTS) bereiteten sich am 31. Januar

1 974 Anwärter und Referendare nach ihrer Hochschul- ausbildung auf das zweite Staatsexamen vor. Das sind 62 Seminarteilnehmer (3 %) mehr als 1983 und die höchste Zahl seit 1976, als 2 184 Teilnehmer gezählt wurden. Der Anteil der Frauen ist weiter gestiegen auf jetzt 63 %, der höchste Wert seit Beginn der Erhebung im Jahre 1973.



Behinderungen häufig an inneren Organen

Ende 1983 waren 247 000 Behinderte bei den Versorgungsämtern registriert, ein Zuwachs gegenüber 1981 um 29 %. Die weitaus meisten von ihnen (86 %) waren Schwerbehinderte, also mit einer MdE von 50 v. H. oder mehr. Fast 50 000 Menschen in Schleswig-Holstein sind 100 v. H. erwerbsgemindert. Die landläufige Vorstellung, daß es sich hierbei überwiegend um äußerlich sichtbar Körperbehinderte handele, muß korrigiert werden. Gliedert man die Behinderten ganz grob danach, ob Glieder, Rumpf und Sinnesorgane betroffen sind oder innere Organe, Nervensystem und Psyche, dann sind insgesamt diese beiden Gruppen ungefähr gleich stark besetzt. Trennt man aber nach der Schwere der Behinderung, dann zeigt sich, daß der Anteil der „äußerlich“ Behinderten mit zunehmender Schwere der Behinderung sinkt, während der komplementäre Anteil der „innerlich“ Behinderten steigt:

Minderung der Erwerbsfähigkeit in v. H.	Von hundert Behinderten hatten Schäden an	
	Gliedern, Rumpf, Sinnesorganen	Inneren Organen, Nervensystem, Psyche
30 bis unter 50	67	33
50 bis unter 60	54	46
60 bis unter 80	51	49
80 bis unter 90	41	59
90 und mehr	38	62
Insgesamt	48	52

Die Ausstattung privater Haushalte mit ausgewählten langlebigen Gebrauchsgütern

Mehr als die Hälfte des Bruttosozialprodukts der Bundesrepublik Deutschland wird für den privaten Konsum verwendet. Der Anteil hat sich seit 1960 (56,7%), abgesehen von konjunkturellen Schwankungen, nur wenig verändert (1981 56,6%, 1983 geschätzt 56,0%). Diese Endverwendung der produzierten Güter und Dienste ist für die Wirtschaftstätigkeit von entscheidender Bedeutung, wie auch die Bemühungen zur Stützung der Konjunktur im Rahmen der Steuer- und Ausgabenpolitik in den zurückliegenden Jahren für jedermann sichtbar gezeigt haben. Nicht nur die Quantität, sondern auch die Struktur der nachgefragten Güter ist bedeutsam. Diese Güterzusammensetzung fällt um so differenzierter aus, je weiter sich Wohlstand in der Gesellschaft verbreitet und je umfassender die Möglichkeiten werden, die dem Verbraucher durch hohe Einkommen und vielfältige Finanzierungsangebote zur Verfügung stehen.

Im Hinblick auf den Einfluß, den die einzelnen Bestimmungsgrößen des Volkseinkommens auf den kurzfristigen Wirtschaftsablauf nehmen, erweist sich die hergebrachte Zweiteilung in relativ konstante Konsum- und konjunkturreaktive Investitionsgüternachfrage als unzureichend. „Wir dürfen nicht mehr davon ausgehen, daß es die Investitionen sind, die im Konjunkturverlauf heftig schwanken, während die Konsumnachfrage das stabile Element ist.“¹ Im Gegensatz zur Nachfrage nach Gütern des täglichen Bedarfs erweist sich nämlich der Erwerb von langlebigen Gebrauchsgütern durch die privaten Haushalte als recht flexibel, da deren Gebrauchszeit durchaus variabel ist und oftmals sofortiger Ersatz bei fortbestehender technischer Nutzungsfähigkeit nicht vorrangig notwendig ist. In der Reaktionsweise ist die Gebrauchsgüternachfrage durchaus vergleichbar mit der Unternehmensnachfrage nach Kapitalgütern. Als Gebrauchsgüter werden solche Güter bezeichnet, die von privaten Haushalten gekauft werden und in der Regel eine wesentlich längere Nutzungsdauer als 1 Jahr sowie einen relativ hohen Anschaffungspreis haben.

In einer Wirtschaft, in der die Gebrauchsgüterindustrie großes Gewicht hat, dient ein erheblicher Teil

der industriellen Produktion direkt oder indirekt der Befriedigung dieser Konsumnachfrage, die wiederum einen wesentlichen Teil der gesamtwirtschaftlichen Investitionen induziert. Daraus folgt, daß die Kaufentscheidungen der Verbraucher eine wichtige Säule wirtschaftlichen Wachstums sind. Erinnert sei hier lediglich an das wirtschaftliche Gewicht der Automobilbranche, deren Umsatzzahlen vielfach als Konjunkturindikator akzeptiert werden.

Für die Wirtschaftspolitik ergibt sich die Konsequenz, daß es nicht genügt, allein die Investitionen der Unternehmen zu beeinflussen und effektive Gesamtnachfrage durch öffentliche Ausgaben zu stabilisieren, die zudem politisch nur in engen Grenzen durchsetzbar sind und häufig eine zu lange Anlaufzeit erfordern. Auch die „Investitionen“ der Verbraucher könnten erschwert oder begünstigt werden, beispielsweise durch Änderung der Kreditkonditionen, insbesondere der Konditionen für Konsumentenkredite. Eine solche Beeinflussung der Konsumnachfrage kann gleichzeitig dazu beitragen, einen wesentlichen Teil der Investitionen zu stabilisieren.

Aus den langlebigen Gebrauchsgütern wird während ihrer Lebensdauer Nutzen je Zeiteinheit gezogen. Eine Erneuerung wird nötig, wenn keine Nutzung mehr möglich ist oder der Verbraucher mit der Leistungsfähigkeit – nicht nur der objektiv feststellbaren – unzufrieden ist. Technische Verbesserungen und Geschmacksänderungen können den Zeitpunkt der Ersatzbeschaffung vorverlegen. Die Anschaffung dieser Güter wird längerfristig geplant und zumindest von Haushalten mit geringem oder mittlerem Einkommen aus Ersparnissen und Krediten finanziert. Nach neuerer Konsumtheorie hat das erreichte Versorgungsniveau auf die Kaufentscheidung einen erheblich stärkeren Einfluß als die Höhe und Zusammensetzung der laufenden Konsumausgaben², so daß der Versorgungsgrad bei einzelnen ausgewählten Produkten wichtiger Indikator für die zu erwartende Nachfrage sein kann. Um ein aktuelles Bild über das Versorgungsniveau zu erhalten, wird die Ausstattung der privaten Haushalte mit ausgewählten Verbrauchsgütern im Rahmen der Einkommens- und

1) Bombach, G., über die Möglichkeiten wirtschaftlicher Voraussagen, *Kyklos*, Vol. 15 (1962), S. 57

2) Vgl. Siebke, J., die Nachfrage nach dauerhaften Konsumgütern und ihr Einfluß auf den Wirtschaftsablauf, Bonn 1965, S. 23

Verbrauchsstichprobe in größeren Zeitabständen erfragt.

Erhebungsverfahren

Eine amtliche Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) wurde 1983 zum 5. Mal durchgeführt (davor 1962, 1969, 1973, 1978). Zweck dieser Erhebung ist es, für „möglichst viele Gruppen der Bevölkerung Informationen über Höhe, Zusammensetzung und Verteilung der Haushaltseinkommen, über Höhe und Struktur der Ausgaben für den privaten Verbrauch und der geleisteten Einkommensübertragungen, über Umfang und Art der Ersparnisbildung sowie über sonstige, für das Lebensniveau der Haushalte wichtige Tatbestände“³ zu erheben. Die ersten Ergebnisse aus dem zu Beginn der Erhebung durchgeführten Grundinterview liegen bereits vor. In Schleswig-Holstein haben 2 635 Haushalte die Fragen nach der Ausstattung beantwortet. Aus den verschiedensten Gründen ist diese Zahl bis zum Ende der Erhebung im Dezember 1983 um etwa 8 % abgebröckelt. Der Auswahlatz der berichtenden Haushalte mußte klein gehalten werden. Nach Gesetz dürfen höchstens 0,3 % der Haushalte erfaßt werden. Die dadurch bedingte geringe Stichprobenmasse läßt besonders in kleinen Ländern Aussagen in tieferen Aufgliederungen nicht mehr zu. Die Stichprobe wurde nach der sozialen Stellung des Haushaltsvorstandes, nach der Größe des Haushalts und nach dem Nettoeinkommen geschichtet. Es wurde versucht, Verzerrungen der Ergebnisse infolge ungleicher Beteiligung der verschiedenen Bevölkerungsgruppen an der Erhebung mittels eines schichtenspezifischen Hochrechnungsrahmens aus dem Mikrozensus 1981 auszuschalten. Schwierig war es wiederum, die vorgesehe-

ne Sollzahl von Arbeiter- und Selbständigenhaushalten für die Mitarbeit anzuwerben.

Die tatsächliche Entwicklung der Ausstattung der Haushalte kann mit den Ergebnissen der EVS allerdings nur sehr grob dargestellt werden. Komponenten, die von der technischen Entwicklung der Güter oder von der Mode abhängig sind, entziehen sich der Erfassung. Ein langfristiger Vergleich des Ausstattungsniveaus läßt deshalb einen direkten Schluß auf den damit verbundenen Nutzen nur bedingt zu. Vielfach wird der Gebrauchswert der 1983 vorhandenen Güter gegenüber früher erfaßten größer sein, zumal sich die Neigung zum Kauf neuer, technisch besserer Gebrauchsgüter mit steigendem Wohlstand im allgemeinen erhöht haben dürfte. Auch haben im Zuge von allgemeinen Einkommenssteigerungen neue Konsumentenschichten anspruchsvollere Bedürfnisse befriedigt. Inwieweit die Abnahme der Realeinkommen abhängig Beschäftigter und Erwerbstätiger zu Nachfrageumschichtungen in den letzten Jahren geführt hat, läßt sich bei dieser EVS noch nicht mit hinreichender Sicherheit klären.

Wandel der Haushaltsstruktur

Verglichen mit früheren Erhebungen hat es deutliche Wandlungen der Haushaltsstruktur gegeben. So ist der Anteil der Selbständigen seit 1962 ständig zurückgegangen, was aus der hohen Ausgangszahl der Selbständigen in der Nachkriegszeit und aus dem in den sechziger Jahren einsetzenden Konzentrationsprozeß in der Wirtschaft zu erklären ist. Nicht nur in der Industrie, sondern auch in Teilen des verarbeitenden Handwerks, des Baugewerbes und des Handels, insbesondere Einzelhandels, kann auch gegenwärtig der Strukturwandel noch keinesfalls als abgeschlossen gelten. Auch in der Landwirtschaft war eine erhebliche Abnahme der Zahl der Betriebe, verbunden mit außerordentlichen Produktivitätssteigerungen, zu verzeichnen.

Der Anteil der Arbeiter hat sich ständig verringert, bedingt durch die allgemeine Abnahme der Beschäftigtenzahl von 26,7 Mill. in 1971 auf 25,1 Mill. in 1983. Hinzu kamen in den letzten Jahren Strukturveränderungen zu Gunsten des Dienstleistungssektors und damit zu Gunsten der Zahl der Angestellten und Beamten. Die Zahl der Haushalte nicht Erwerbstätiger hat kontinuierlich zugenommen, worin sich einerseits der Anstieg des Anteils der älteren Menschen, bedingt durch die Altersstruktur im gesamten Bundesgebiet,

Haushalte der EVS 1983 in Schleswig-Holstein

Haushaltsvorstand	Einbezogene Haushalte	Für die Hochrechnung verwendete Zahl der vorhandenen Haushalte
Selbständiger	109	60 000
Landwirt	81	(26 000)
Beamter	411	88 000
Angestellter	719	225 000
Arbeiter	376	211 000
Nichterwerbstätiger	737	435 000
Insgesamt	2 433	1 044 000

3) Euler, M., Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1983, in Wirtschaft und Statistik 6/1982, S. 433 ff.

der Ausbau der flexiblen Altersgrenze sowie andererseits eine längere Ausbildungsdauer niederschlagen. Die wachsende Neigung, sich wohnlich frühzeitig zu verselbständigen, sowie der Geburtenrückgang hatten eine deutliche Verringerung der Zahl der Haushalte mit 4 und mehr Personen zur Folge. Das frühere Ausscheiden aus dem elterlichen Haushalt führte natürlich auch zu einer Erhöhung des Anteils der Haushalte mit 1 Person sowie – wenn das Alter des Haushaltsvorstandes betrachtet wird – zu einer deutlichen Zunahme der Zahl der Haushaltsvorstände unter 25 Jahren.

Die auf Basis des 1 % Mikrozensus hochgerechneten Werte für die privaten Haushalte zeigen, daß im Flächenland Schleswig-Holstein die Anteile der Landwirte, Selbständigen, Beamten und Angestellten leicht über den entsprechenden Werten für das Bundesgebiet liegen, während die Arbeiterquote deutlich geringer ist. In dieser Sozialstruktur kommt zum Ausdruck, daß in Schleswig-Holstein das Gewicht des industriellen Sektors geringer ist als im Bundesgebiet, was nicht nur einen vergleichsweise geringen Arbeiteranteil bedingt, sondern auch aufgrund schwächeren Sogs in abhängige Beschäftigungsverhältnisse einen relativ höheren Selbständigenanteil. Der etwas über dem Bundesdurchschnitt liegende Anteil von Beamten und Angestellten könnte aus der Bedeutung Schleswig-Holsteins für die Landesverteidigung resultieren. Die Landwirtschaft ist nach wie vor ein bedeutender Wirtschaftsfaktor des Landes.

Dieser Wandel der Haushaltsstruktur unterstreicht die Bedeutung periodisch zu wiederholender Querschnittsanalysen. Bei der Gliederung des Berichtskreises nach der sozialen Stellung des Haushaltsvorstandes zeigt sich eine Konzentration auf bestimmte Einkommensgruppen. Mehr als 3/4 der befragten Selbständigen und Beamtenhaushalte entfallen auf die Gruppen mit 2 500 DM und mehr pro Monat, von Angestelltenhaushalten sind es fast 70 %, von den Arbeiterhaushalten knapp 50 %. Dagegen sind nur 28 % der nicht erwerbstätigen Haushalte – zum überwiegenden Teil Rentner – in diesen einkommensstärkeren Schichten vertreten. Die meisten Haushalte mit erwerbstätigem Haushaltsvorstand lagen in der Einkommensklasse 2 500 bis 5 000 DM pro Monat.

Hoher Ausstattungsgrad mit Gebrauchsgütern

Die Tabelle zeigt die Ausstattung privater Haushalte mit langlebigen Gebrauchsgütern, gegliedert nach der sozialen Stellung des Haushaltsvorstandes. Dar-

Ausstattung privater Haushalte¹ mit ausgewählten Gebrauchsgütern in Schleswig-Holstein

Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichproben 1978 und 1983

Gebrauchsgut	Haushalte insgesamt		Haushalte mit 4 Personen
	1978	1983	1983
	... % der Haushalte besaßen das Gebrauchsgut		
	Januar =>		
Verkehr und Nachrichtenübermittlung			
Personenkraftwagen und zwar	61,1	65,5	90,9
fabrikneu gekauft	35,1	32,5	44,5
gebraucht gekauft	30,1	36,8	53,5
Motorrad, Moped, Mofa	9,0	6,8	(14,1)
Fahrrad	65,7	74,3	96,5
Telefon	78,3	91,8	95,4
Bildung und Unterhaltung			
Fernsehgerät und zwar	94,6	94,3	98,4
Farbfernseher	49,7	70,4	80,9
Schwarzweißfernseher	62,2	47,0	60,0
Videorecorder		5,3	(8,2)
Rundfunkgerät (Mono)	76,0	80,3	83,8
Stereo-Rundfunkgerät	24,7	21,9	31,2
Plattenspieler	48,9	36,1	44,1
Tonbandgerät ²	49,0	40,9	58,6
Stereo-Anlage	18,7	39,6	58,6
Fotoapparat	77,2	79,7	97,5
Schmalfilmkamera	14,1	12,2	21,4
Projektionsapparat für Dia	24,0	27,3	38,9
für Schmalfilm	12,8	11,3	20,2
Haushaltsführung			
Kühlschrank	83,7	79,1	82,3
Gefrierschrank, -truhe	48,6	53,3	77,9
Kühl-, Gefrierkombination	15,9	20,9	22,2
Geschirrspülmaschine	17,9	24,6	53,2
Elektrisches Grillgerät	24,9	28,6	36,5
Mechanische Nähmaschine	23,7	16,8	(10,5)
Elektrische Nähmaschine	46,9	53,0	77,9
Bügelmaschine	14,5	14,7	22,4
Waschmaschine	78,4	79,2	96,8
Wäscheschleuder	41,1	34,1	31,9
Wäschetrockner		9,2	18,1
Staubsauger, Klopfsauger	97,7	96,8	99,6

1) ohne Haushalte von Ausländern, Haushalte in Anstalten und ohne Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 25 000 und mehr DM (1978: 20 000 und mehr DM).
Eingeklammerte Zahlen beruhen auf 25 bis unter 100 erfaßten Haushalten

2) einschließlich Kassettenrecorder, Radiorecorder, Tape-Deck

aus geht hervor, daß 1983 fast alle Haushalte unabhängig von der sozialen Stellung über einen Staubsauger, eine Kühleinrichtung und ein Fernsehgerät verfügten; faßt man die verschiedenen Rundfunkgeräte zusammen, so kann dies auch für diese Gütergruppe festgestellt werden. Die genannten Güter haben gegenüber der vorherigen Erhebung nur noch relativ geringe Zuwachsraten aufzuweisen, da der Sättigungsgrad schon 1978 annähernd erreicht war. Auffallend stark ist die Ausstattungssteigerung bei Gütern, die einen gewissen Luxus dokumentieren, wie beispielsweise Farbfernsehgeräte, aber auch Gefriereinrichtungen und Geschirrspüler. Beachtlich ist auch die nochmalige Zunahme der Fernsprechteilnehmer.

Bei den meisten Gebrauchsgütern zeigt sich, daß die Haushalte mit nicht erwerbstätigem Haushaltsvorstand hinter dem Versorgungsgrad der Haushalte mit erwerbstätigem Haushaltsvorstand zurückbleiben. Die Gründe hierfür liegen nicht nur darin, daß Haushalte von nicht Erwerbstätigen ein niedrigeres Einkommen beziehen, sondern sie sind auch im Alter der Haushaltsmitglieder begründet – mit zunehmendem Alter sinkt im allgemeinen die Bereitschaft, ein neues oder technisch anspruchsvolleres Gerät anzuschaffen.

Die Ausstattung mit einigen markanten Gütern soll im folgenden eingehender kommentiert werden, wobei nicht übersehen werden darf, daß sich in den meisten Fällen mehrere Bestimmungsgründe überlagern.

Ausweitung der Motorisierung

Fast 2/3 der Haushalte in Schleswig-Holstein verfügten über mindestens einen Personenkraftwagen, wobei dieser Anteil mit steigendem Einkommen und höherer Personenzahl im Haushalt zunahm. Der Ausstattungsgrad hat gegenüber 1978 nochmals um 7 % zugenommen; verglichen mit der Stichprobe in 1973 hat sich der Anteil der Haushalte mit Pkw um gut 20 % erhöht. In knapp der Hälfte der motorisierten Haushalte wurde ein fabrikneu gekauftes Auto gefahren. Werden nur die Haushalte mit erwerbstätigem Haushaltsvorstand betrachtet, dann sind 85 % von ihnen mit einem Pkw ausgestattet. Der Versorgungsgrad von nur 38 % bei den Nichterwerbstätigen dürfte vor allem damit zusammenhängen, daß bei der EVS in dieser Gruppe der Anteil der älteren Personen sehr hoch ist, die häufig aus physischen oder auch finanziellen Gründen auf die Anschaffung und Nutzung eines eigenen Pkws verzichten.

Die Höhe des verfügbaren Nettoeinkommens ist neben Altersstruktur und Haushaltsgröße immer noch der bedeutendste Bestimmungsfaktor für den Besitz eines Kraftfahrzeugs. Werden die befragten Haushalte nach ihrem monatlichen Nettoeinkommen aufgespalten – in der EVS 1983 wurde in 7 Einkommensgruppen von unter 800 DM bis 25 000 DM pro Monat gegliedert –, zeigt sich ein auffallend enger Zusammenhang der Kfz-Ausstattung mit der Höhe des Einkommens. Der unterschiedliche Versorgungsgrad bezogen auf den sozialen Status dürfte ebenfalls vornehmlich aus der Einkommenshöhe resultieren und weniger aus schichtenspezifischer Verhaltensweise – mit Ausnahme der Beamten, die, verglichen mit anderen Arbeitnehmern, bei gleichem Einkommen einen höheren Ausstattungsgrad aufweisen. So besaßen beispielsweise in der am stärksten besetzten Einkommensklasse von 2 500 bis unter 5 000 DM Beamte zu 98 %, Angestellte zu 93 % und Arbeiter zu 90 % einen Pkw. Einkommensbezieher dieser Größenordnung konnten zu 88 % mit eigenem Auto fahren. Von allen in die Stichprobe einbezogenen Haushalten verfügten 2/3 über einen Pkw.

Die These der engen Korrelation zwischen Ausstattungsgrad und Höhe des Einkommens wird im Bereich der Selbständigen auch gestützt durch einen Vergleich der Werte für das Land Schleswig-Holstein und das Bundesgebiet. In Schleswig-Holstein sind die Landwirte fast vollständig Besitzer mindestens eines Pkws gegenüber einem Wert für das Bundesgebiet von 95 %. Dieser höhere Ausstattungsgrad geht konform mit den im Vergleich zum Bundesgebiet höheren Betriebseinkommen. Analoges gilt im umgekehrten Fall für die übrigen Selbständigen, bei denen der Ausstattungsgrad im Lande unter dem des Bundes liegt. Bei den Arbeitnehmern zeigt sich keine so ausgeprägte Abweichung im Versorgungsgrad. Die Haushalte der Beamten und Angestellten sind in Schleswig-Holstein leicht überdurchschnittlich ausgestattet.

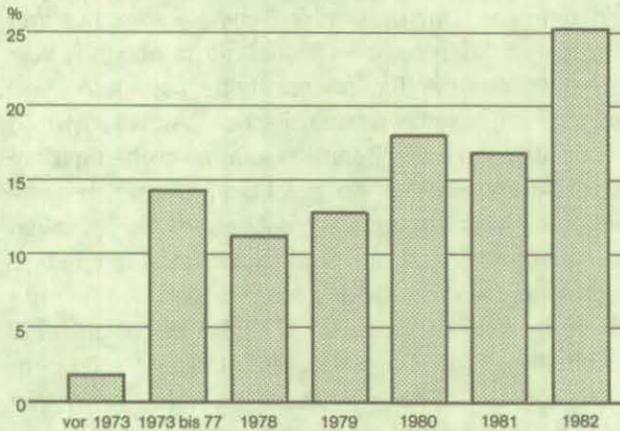
Im Flächenland Schleswig-Holstein lassen die Wohn- und Arbeitsverhältnisse, die Stadt-Umland-Wandlung, besonders im Hamburger Randgebiet, und der fortbestehende Trend zu abhängiger Beschäftigung einerseits einen tendenziell höheren, die Verdienstmöglichkeiten im Lande andererseits einen geringeren Ausstattungsgrad als im Bundesdurchschnitt erwarten. Der erstgenannte Aspekt wird bestätigt, wenn Ausstattung der Haushalte und Größe der Wohngemeinde gegenübergestellt werden. Beide Werte sind deutlich negativ korreliert, in kleineren Gemeinden ist also der Ausstattungsgrad mit Pkw höher als in größeren, in denen öffentliche Verkehrsmittel bequemer zu nutzen sind.

Anhaltspunkte für Ersatzbedarf und technisches Niveau der in den Haushalten verfügbaren Güter kann das Anschaffungsjahr bieten. Die Anteile der in den einzelnen Jahren angeschafften Pkw zeigt das Bild.

Pkw in privaten Haushalten

D 5378 StatLA S-H

nach dem Anschaffungsjahr in %



Zum Zeitpunkt des Grundinterviews waren über 40 % des in die Erhebung eingegangenen Pkw-Bestandes nicht älter als 2 Jahre. Diese Bestandsstruktur weicht von der in 1978 ermittelten erheblich ab. Damals war der Anteil der ein- und zweijährigen Autos jeweils um etwa 5 Prozentpunkte höher, etwa gleich hoch war der Anteil der 3 Jahre alten Pkw, während ältere Wagen 1983 wesentlich häufiger gefahren wurden. Zu bedenken ist hierbei weiterhin, daß jeweils das Anschaffungsjahr des neuesten Modells anzugeben war, wenn ein Haushalt über mehrere Autos verfügte. Es zeigt sich auch, daß die Zahl der Haushalte mit Zweitwagen gegenüber 1978 zugenommen hat. Die Ausstattungsstrukturen dieser und der vorangegangenen Erhebung wären sich wahrscheinlich ähnlicher, wenn das Grundinterview ein Jahr später durchgeführt worden wäre, da in 1983 u.a. aufgrund vielfach ausgelaufener Sparprämienverträge der Autoabsatz auffällig zugenommen hat.

In 84 % der befragten Haushalte war nur ein Pkw vorhanden. Gegenüber 1978 hat die Mehrfachausstattung in Schleswig-Holstein um gut 13 % zugenommen. In diesem Bereich kann wohl auch künftig mit Zunahmen gerechnet werden.

Zuwachs bei Telefonanschlüssen

Nochmals erheblich zugenommen hat der Ausstattungsgrad der Haushalte mit Telefonanschlüssen.

Verfügten 1973 erst 57 % über einen eigenen Anschluß, so waren es 1978 mehr als drei Viertel (+ 37 %), 1983 konnten bereits 92 % der Haushalte telefonisch erreicht werden (+ 17 %). Die Werbeanstrengungen der Bundespost waren also durchaus von Erfolg gekrönt. Während Landwirte und Selbständige bereits 1973 und 1978 einen hohen Ausstattungsgrad auswiesen, haben die Haushalte von Arbeitnehmern und Nichterwerbstätigen deutlich aufgeholt. 1983 betrug der Ausstattungsgrad in Beamtenhaushalten 96 %, in Angestelltenhaushalten 93 %, in Arbeiterhaushalten 91 % und in Haushalten von Nichterwerbstätigen 90 %. Am stärksten zugelegt haben dabei die beiden letztgenannten Haushaltsgruppen. Der während der letzten 10 Jahre zu beobachtende Nivellierungsprozeß in der gruppenspezifischen Ausstattung läßt darauf schließen, daß die unmittelbare Nutzung eines Telefons nicht mehr stark einkommensabhängig ist. Berufliche Notwendigkeit, insbesondere bei Landwirten und Selbständigen, und das Bedürfnis nach unkomplizierter Kommunikation lassen die zwar nicht hohe aber dauerhafte finanzielle Belastung weniger ins Gewicht fallen.

Grundbedarf bei Fernsehgeräten gedeckt

Bei Fernsehgeräten insgesamt kann ein höherer Ausstattungsgrad kaum noch erwartet werden. Auch gegenüber 1973 hat es nur einen unbedeutenden Zuwachs gegeben. Hier ist zu berücksichtigen, daß in einigen, wenn auch wenigen Haushalten, bewußt auf die Anschaffung eines solchen Gerätes verzichtet wird. Grundlegend anders sind Ausstattungsgrad und Entwicklungschancen bei Farbfernsehgeräten zu beurteilen. Bei diesem Gebrauchsgut, das der Luxusklasse zuzurechnen ist, hat die Verbreitung gegenüber der letzten EVS um gut 40 % zugenommen, gegenüber 1973 hat sich die Ausstattung mit Farbfernsehgeräten sogar mehr als verfünffacht. Zu dem neuerlichen Zuwachs dürfte auch erheblich beigetragen haben, daß diese Geräte gegenüber früheren Jahren preisgünstiger geworden sind, so daß bei Ersatzbedarf von Schwarz-Weiß-Geräten häufig zu Farbfernsehgeräten übergegangen wurde.

Während die Ausstattung mit Fernsehgeräten insgesamt in den sozialen Schichten recht ausgeglichen ist – die Anteile lagen zwischen 90 % und 98 % –, ist die Ausstattung mit Farbfernsehgeräten noch unterschiedlich. Von allen Haushalten, die über ein Fernsehgerät verfügten, konnten gut 2/3 das Programm farbig empfangen. In drei Vierteln der Haushalte von

Selbständigen, Beamten und Arbeitern, bei zwei Dritteln der Angestellten, Landwirte und Nichterwerbstätigen waren die Bilder bunt. In vielen Haushalten kann sowohl in Farbe als auch schwarz-weiß gesehen werden. Die Zahl der Haushalte, die nur über ein Schwarz-Weiß-Gerät verfügen, hat um 25 % abgenommen.

Gut 5 % der Haushalte konnten ihre Lieblingssendungen bereits auf Video-Recorder speichern. Nach diesem neuen Zusatzgerät war in der Erhebung von 1978 noch nicht gefragt worden. Weitergehende gesicherte Aussagen lassen sich bei dem relativ geringen Ausstattungsgrad und dem bescheidenen Stichprobenumfang noch nicht machen. Es deutet sich jedoch an, daß von den erwerbstätigen Haushalten fast jeder zehnte bereits jetzt über ein solches Gerät verfügt.

Bei Rundfunkgeräten fällt die starke Zunahme der Stereoanlagen auf. Hatten bis 1978 knapp 20 % der Haushalte sich zu einer solchen Anschaffung entschlossen, waren es im Januar 1983 40 %. Der Bestand an Mono-Geräten hat sich nur um 4 Prozentpunkte erhöht. Viele Haushalte können verschiedene Geräte benutzen, da neben Einzelgeräten, wie Kofferradios und Radiowecker, häufig Stereogeräte unterschiedlicher Ausprägung angegeben worden sind.

Ausweitung bei Freizeitgütern

Im Bereich der Gebrauchsgüter, die auf spezielle Interessen bei der Freizeitgestaltung schließen lassen, gab es unterschiedliche Entwicklungen. Die Ausstattung mit Fotoapparaten und Projektoren für Dias nahm leicht zu, während Schmalfilmkameras und dazugehörige Projektionsapparate an Attraktivität anscheinend eingebüßt haben. Der Anteil der Haushalte mit Wohnwagen entspricht etwa dem von 1978.

Ein Kühlschrank gehört zur Standardausrüstung

Bereits 1978 konnte bei Kühlschränken ein hoher Ausstattungsgrad festgestellt werden. Dieser ist 1983, außer bei Landwirten und übrigen Selbständigen, bei den übrigen sozialen Gruppen zurückgegangen, insbesondere bei Arbeitern um fast 10 Prozentpunkte. Diese Entwicklung darf jedoch nicht als Verschlechterung der Ausstattung angesehen werden, sondern sie dürfte vielmehr aus einer Verlagerung zugunsten der höherwertigen Kühl- und Gefrierkombination zu

erklären sein. Bei diesen Geräten ist seit 1978 eine deutliche Zunahme zu verzeichnen, so daß die Vermutung zulässig erscheint, daß nur noch ganz wenige Haushalte auf Kühleinrichtungen ganz verzichten. Gefriereinrichtungen haben sich sowohl in der Kombinationsform als auch separat in der Zwischenzeit noch stärker durchgesetzt (letztere + 10 %). Vergleicht man die verschiedenen Haushalte, so zeigt sich, daß der Versorgungsgrad mit wachsendem Einkommen und mit der Personenzahl im Haushalt ansteigt. So gut wie alle Haushalte von Landwirten bedienen sich zur Konservierung von Lebensmitteln eines Gefriergerätes. Werden die Angaben für Kühl- und Gefrierkombinationen sowie Gefrierschrank und -truhe zusammengefaßt, so können 90 % der Selbständigenhaushalte und in der Einkommensgruppe 2 500 bis 5 000 DM fast alle Arbeiter- und etwa 90 % der Beamten- und Angestelltenhaushalte Vorräte einfrieren. Der dazu vergleichsweise geringe Ausstattungsgrad in Haushalten Nichterwerbstätiger muß neben der Einkommensabhängigkeit vor allem mit der geringen Personenzahl in diesen Haushalten erklärt werden, die den Einsatz solcher Geräte nicht rentabel erscheinen läßt.

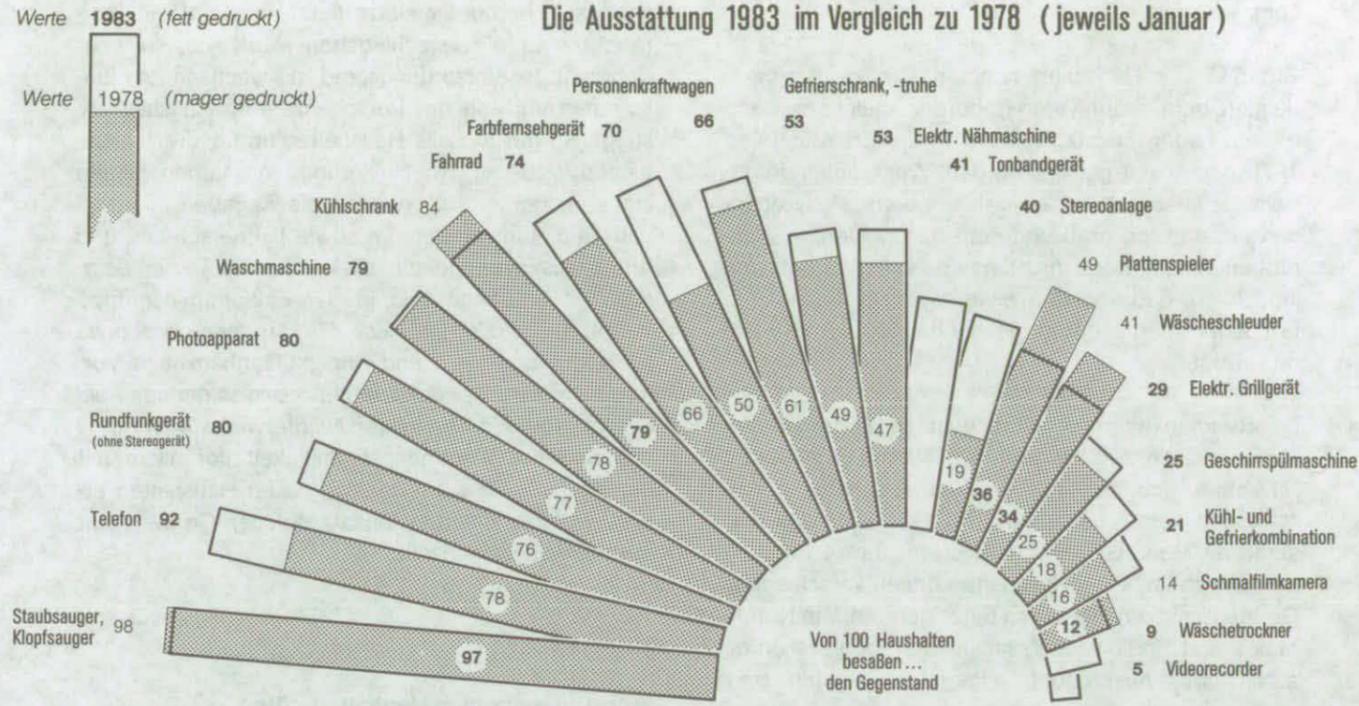
Trend zu modernen Haushaltsgeräten

Die gleichen Bestimmungsfaktoren dürften die verschieden hohe Ausstattung mit Waschmaschinen erklären, die in der Regel erst in einem Mehrpersonenhaushalt einigermaßen ausgenutzt werden können. Hier ist der Trend zu Vollautomaten mit eingebauter Schleuder unverkennbar. Diese Geräte sind umso mehr verbreitet, je höher Nettoeinkommen und Personenzahl der Haushalte sind. In Haushalten von Landwirten steht nur in wenigen Ausnahmefällen keine elektrische Waschmaschine zur Verfügung. Die Haushalte der übrigen sozialen Gruppen sind in der oben erwähnten Einkommensklasse zu über 90 % mit solchen arbeitserleichternden Geräten ausgestattet.

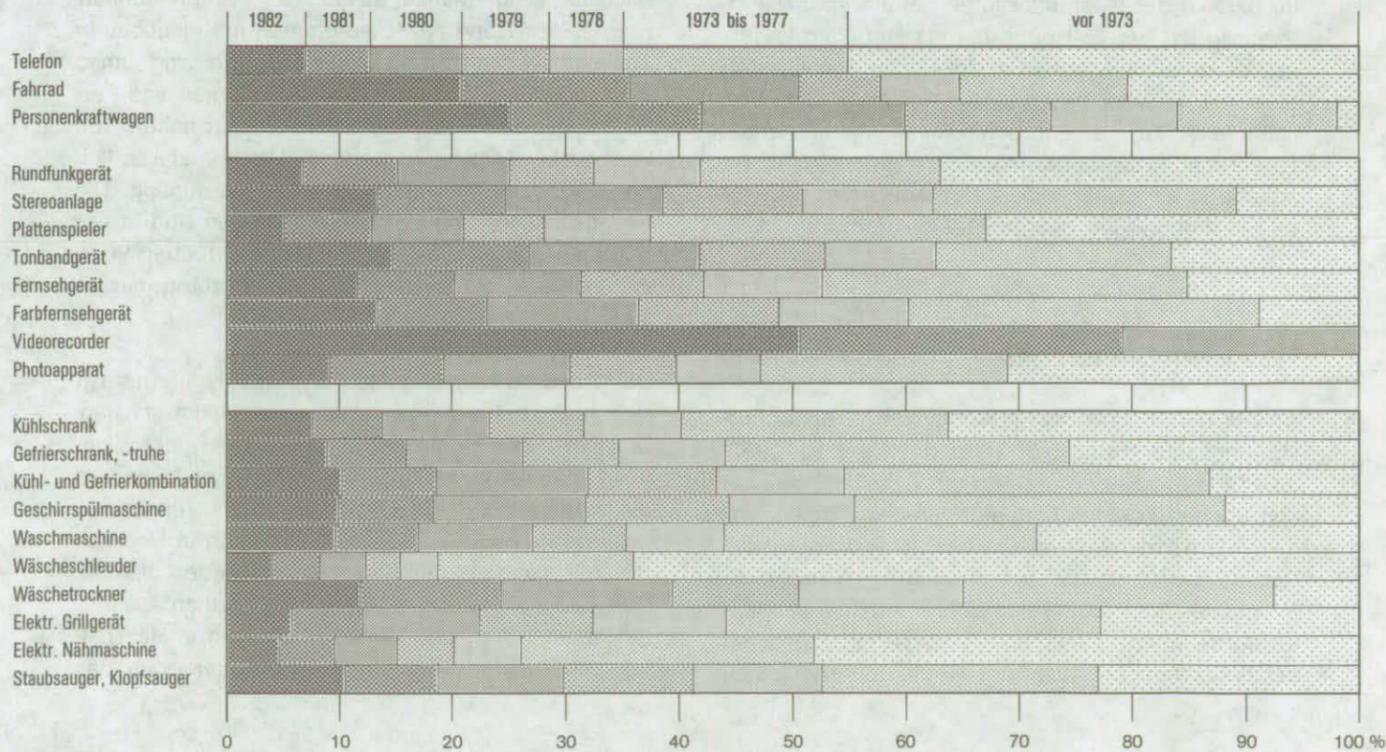
Der Trend zu höherwertigen Gebrauchsgütern zeigt sich auch bei der Ausstattung mit Nähmaschinen. Der Anteil der mechanischen Maschinen geht allgemein zugunsten elektrischer zurück, insbesondere bei mittleren und höheren Einkommensgruppen, so daß mechanische vornehmlich nur noch in Haushalten mit geringem Einkommen verwendet werden. Dies deckt sich auch mit dem relativ hohen Ausstattungsgrad mit mechanischen Maschinen in Haushalten von Nichterwerbstätigen, wobei hier noch das

Ausstattung privater Haushalte mit ausgewählten Gebrauchsgütern 1983

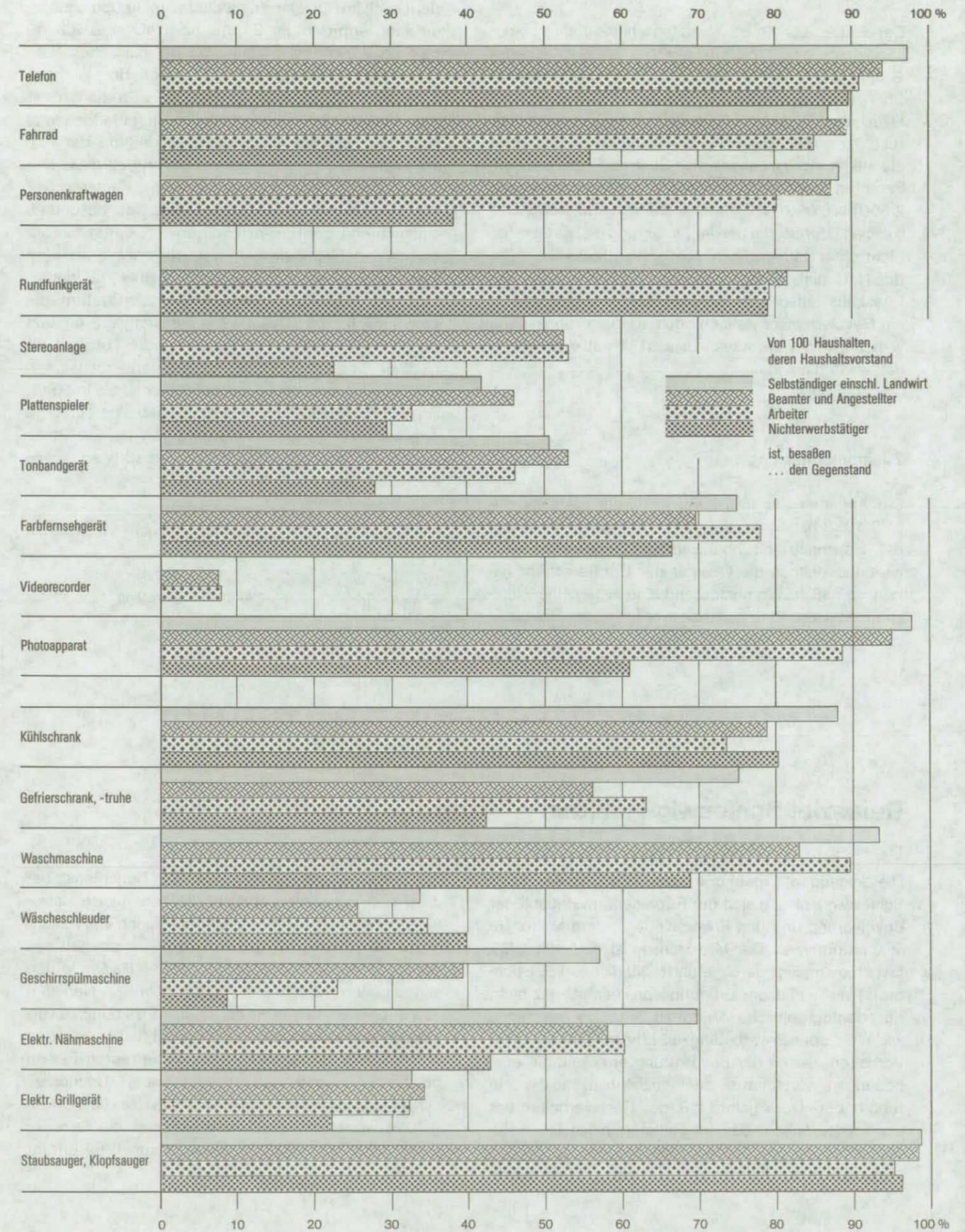
D 5374 Stat.LA S-H Grafik des Monats Juni 1984



Ausstattung nach dem Anschaffungsjahr



Ausstattung nach sozialer Stellung des Haushaltsvorstandes



höhere Alter der Eigentümer und der fehlende Wunsch nach Umstellung bestimmend sein dürften.

Der Einbau von Geschirrspülmaschinen nahm insbesondere in den letzten Jahren zwar in allen sozialen Gruppen um fast 7 Prozentpunkte auf insgesamt 25 % aller Haushalte zu, ihre Verfügbarkeit in den Haushalten ist jedoch noch recht unterschiedlich verteilt. 70 % der Haushalte von Landwirten und etwa die Hälfte der Haushalte von übrigen Selbständigen, Beamten und Angestellten der Einkommensklasse 2 500 bis 5 000 DM benutzten dieses Gerät. Neben der sozialen Gruppe, die bei der Einführung dieses Gerätes nicht ohne Bedeutung zu sein scheint, sind die Höhe des Nettoeinkommens sowie vor allem die Größe des Haushalts entscheidende Einflußfaktoren. Auch wenn ein Geschirrspüler vielfach noch als Luxus angesehen wird, dürfte der Vormarsch dieses Hilfsmittels im Haushalt weiterhin andauern.

Zusammenfassung

Die Angaben der Haushalte im Grundinterview der EVS 1983 haben gezeigt, daß sich sowohl der Anteil der Haushalte mit hochwertigen Gebrauchsgütern, als auch vielfach die Qualität der Geräte erhöht haben, so daß zusammenfassend eine allgemeine Wohlstandssteigerung festgestellt werden kann. Die quali-

tative Verbesserung zeigt sich nicht allein in der Ausstattung mit funktionshöheren Gebrauchsgütern, sondern auch im Rückgang einfacherer, mehr Bedienungsaufwand erfordernder Geräte, beispielsweise von separaten Wäscheschleudern und mechanischen Nähmaschinen. Erwartungsgemäß steigt der Ausstattungsgrad mit technisch ausgereiften Produkten mit dem Einkommen. Zu beachten ist dabei jedoch, daß auch die Zahl der Haushaltsmitglieder mit der Einkommenshöhe positiv korreliert ist, so daß diese beiden Faktoren zusammen häufig für die Kaufentscheidung bestimmend sein dürften. Dies wird besonders einleuchtend bei Haushaltsmaschinen, deren Einsatz erst rentabel wird, wenn sich ihr Nutzen auf mehrere Personen verteilt, wie z.B. Geschirrspüler, Gefriergeräte und Bügelmaschinen. Bei Gebrauchsgütern, die vornehmlich von einem Haushaltsmitglied genutzt werden, wie Krafträder, Fahrräder oder Fotoapparate, liegt es auf der Hand, daß ihr Vorhandensein in größeren Haushalten wahrscheinlicher ist als in 1-Personen-Haushalten. Andererseits zeigen sich auffällige Ähnlichkeiten in der Ausstattung von kleinen Haushalten, Haushalten von Nichterwerbstätigen sowie Beziehern geringer Einkommen.

Dr. Friedrich-Wilhelm Lück

Vergleiche auch: „Die Ausstattung privater Haushalte mit langlebigen Gebrauchsgütern“ in dieser Zeitschrift, Heft 11-12/1979, S. 244.

Reiseziel Schleswig-Holstein

Die folgenden Ergebnisse über Inlandsreisen nach Schleswig-Holstein sind der Repräsentativstatistik der Bevölkerung und des Erwerbslebens, dem Mikrozensus, entnommen. Der Mikrozensus ist eine seit 1957 fast regelmäßig durchgeführte jährliche 1 %-Stichprobe mit variablem Erhebungsprogramm, der nicht nur demographische Merkmale im engeren Sinne wie Alter oder Erwerbstätigkeit erhebt, sondern auch Verhaltensweisen der Bevölkerung ermittelt, die eine besondere wirtschafts- oder sozialpolitische Bedeutung haben. Dazu gehört z.B. das Reiseverhalten der Bundesdeutschen, das im Rahmen einer 0,1 %-Zusatzbefragung ermittelt wird, die sich an gut 60 000 Personen in der Bundesrepublik richtet. Diese Befra-

gung, die Gegenstand des folgenden Berichts ist, bezieht sich vor allem auf das freizeitorientierte Reiseverhalten der Bevölkerung. Einmal jährlich im Frühjahr – die Berichtswoche des Mikrozensus ist meistens die letzte Aprilwoche – wird nach den Reisen in den vergangenen 12 Monaten gefragt. Um die Nennung von doppelten Jahreszahlen für eine Erhebung zu vermeiden, soll sich im folgenden die Jahresbezeichnung auf das Jahr beziehen, in dem die erfragten Reisen ganz überwiegend stattgefunden haben. Urlaubsreisen, die z.B. zwischen April 1981 und März 1982 durchgeführt worden sind, erhalten also hier die Bezeichnung 1981, obwohl sie im Mikrozensus 1982 erfragt worden sind.

Die vorliegende Reihe spiegelt das Reiseverhalten zwischen dem Januar 1975¹ und dem März 1982 wider und entspricht damit den Anordnungen des Mikrozensusgesetzes von 1975. Da das Mikrozensusgesetz erst im Juli 1975 verabschiedet worden ist – das vorangegangene Mikrozensusgesetz lief 1974 aus –, konnte 1975 kein Mikrozensus und damit auch keine Befragung nach Urlaubs- und Erholungsreisen durchgeführt werden. Das neue Mikrozensusgesetz wiederum, das von 1983 bis 1990 gilt, schreibt diese Befragung auf freiwilliger Grundlage vor. Wegen der Rechtsunsicherheiten aufgrund der Aussetzungsanordnung der Volkszählung 1983 durch das Bundesverfassungsgericht ist der Mikrozensus 1983 ausgesetzt worden, so daß auch für dieses Jahr keine Befragungsergebnisse über Urlaubs- und Erholungsreisen vorliegen.

Die Auswahl der in die Befragung einbezogenen Mikrozensushaushalte beruht auf Ergebnissen der Volks- und Berufszählung 1970 und wurde um die jeweilige Neubautätigkeit ergänzt. Die Fragen über Urlaubs- und Erholungsreisen werden mit einem gesonderten Fragebogen und von gesondert geschulten Mikrozensus-Interviewern gestellt. Der besondere Vorteil der Erhebung über Urlaubs- und Erholungsreisen besteht darin, daß die Merkmale über das Reiseverhalten kombiniert werden können mit den im Grundprogramm des Mikrozensus erhobenen Merkmalen wie Geschlecht, Stellung im Beruf, Höhe des monatlichen Nettoeinkommens und anderes mehr. Kritisch muß allerdings angemerkt werden, daß Stichproben mit so kleinem Auswahlatz (0,1 %) mit einem nicht unerheblichen Stichprobenfehler behaftet sein können, so daß tiefer gegliederte Ergebnisse oft nicht mehr repräsentativ sind.

Als Urlaubs- und Erholungsreise² sind hier alle Reisen nach einem Ziel außerhalb der Gemeinde des gewöhnlichen Aufenthalts angesehen worden, die mindestens 5 Tage gedauert haben und nicht zu dienstlichen oder geschäftlichen Zwecken unternommen worden sind oder mit diesen in Verbindung gestanden haben. Verwandten- und Bekanntenbesuche, Ferienbesuche von Kindern und auch Aufenthalte in einer Zweitwohnung sind dagegen in die Erhebung einbezogen worden, wenn die o. g. Voraussetzungen erfüllt waren.

1) Der Berichtsraum der Erhebung 1976 lief vom Januar 1975 bis Januar 1976, erst ab 1977 ist auf den Frühjahrsrhythmus umgestellt worden

2) Im folgenden kurz „Reise“ genannt

Die wesentlichen Merkmale dieser Reiseerhebung sind das vorwiegende Reiseziel, im Falle von Inlandsreisen zunächst das Bundesland sowie darüber hinaus die bekannten Fremdenverkehrsgebiete – so werden z.B. neben Schleswig-Holstein die Nordsee und die Ostsee als eigene Reisegebiete genannt –, der überwiegende Reisemonat, die Gesamtdauer der Reise, bei Haushaltsreisen die Zahl der Mitglieder, die Art der Reisen (z.B. Verwandtenbesuch), das überwiegend benutzte Verkehrsmittel, die überwiegend benutzte Unterkunftsart und die Ausgaben für die Reise.

Es ist Anliegen des folgenden Beitrages, einige dieser Erhebungsmerkmale näher zu untersuchen. Dabei liegen der Auswertung – anders als sonst meist – die Erhebungsergebnisse der ganzen Bundesrepublik zugrunde. Aus dieser Totale werden alle Reisen nach Schleswig-Holstein untersucht, gleichgültig, ob sie ein Hesse, ein Bayer oder ein Schleswig-Holsteiner unternommen hatte. Damit soll versucht werden, auch Praktikern aus dem Bereich des Fremdenverkehrs nützliche Hinweise für ihre Arbeit, z.B. für die Konzeption der Fremdenverkehrswerbung zu geben.

Herkunftsland der Gäste

Im Laufe des 7jährigen Berichtszeitraumes hat sich die Struktur der Gäste Schleswig-Holsteins nach dem Herkunftsland nicht unerheblich verändert.

Bemerkenswert ist insbesondere der gestiegene Anteil der Gäste aus Nordrhein-Westfalen – ohnehin die mit Abstand größte Gruppe –, die sich von 33 % auf 39 % erhöht hat. Das zweitgrößte Gästekontingent stellen die Niedersachsen, allerdings mit rückläufiger Tendenz. Während 1975 jeder sechste aus Niedersachsen kam, war es 1981 nur noch jeder achte. An dritter Stelle rangiert Hamburg mit einem Anteil von 10 % im gleichen Jahr. Demgegenüber spielen die übrigen Bundesländer eine nur geringe Rolle: Baden-

Herkunftsland der Gäste

	1975	1981
Inlandsreisen nach Schleswig-Holstein (1 000)	2 278	2 559
darunter (in %) aus		
Nordrhein-Westfalen	33	39
Niedersachsen	16	13
Hamburg	11	10
Baden-Württemberg	6	8
Hessen	7	8
Berlin	6	6

Württemberg und Hessen sind mit etwa 8 % vertreten, die übrigen Bundesländer liegen sogar noch unter dieser Quote. Schleswig-Holstein selbst ist für rund 8 % der Reisen zugleich Herkunfts- und Zielland. Während diese Tabelle beschreibt, woher die Gäste unseres Landes hauptsächlich kommen, zeigt die nächste Tabelle auf, welcher Teil der Inlandsreisen aus den einzelnen Bundesländern nach Schleswig-Holstein führt, oder anders ausgedrückt: Welche Vorliebe für Schleswig-Holstein als Reiseziel man in den anderen Bundesländern hat.

Reiseziel Schleswig-Holstein

Von 100 Inlandsreisen aus ... führten nach Schleswig-Holstein	1975	1981
Hamburg	35	36
Schleswig-Holstein	27	30
Nordrhein-Westfalen	15	19
Berlin	13	17
Hessen	14	15
Niedersachsen	17	14
Rheinland-Pfalz	12	12
Baden-Württemberg	8	10
Bremen	12	8
Saarland	5	7
Bayern	6	6

Hierbei ist bemerkenswert, daß Schleswig-Holstein für die Hamburger ein besonders beliebtes Ziel ist, hat doch etwa jede dritte Inlandsreise aus Hamburg nach Schleswig-Holstein geführt. Dabei muß allerdings berücksichtigt werden, daß viele Hamburger Ferienhäuser oder -wohnungen in Schleswig-Holstein besitzen, und Besuche auch von eigenen Zweit- und Ferienwohnungen im Rahmen dieser Erhebung als Reisen gewertet werden. An zweiter Stelle stehen die Schleswig-Holsteiner selbst, die offensichtlich sogar in steigendem Maße ihr Land als Urlaubsziel auserkoren haben. Erst an dritter Stelle rangiert Nordrhein-Westfalen, das Land, in dem die meisten Gäste Schleswig-Holsteins wohnen. 1981 führte fast jede fünfte Inlandsreise aus dem bevölkerungsreichen Nordrhein-Westfalen nach Schleswig-Holstein, bemerkenswert ist dabei die Steigerung gegenüber 1975 um knapp ein Drittel. Relativ dicht auf liegen Berlin, Hessen und Niedersachsen, Berlin und Hessen mit einer offensichtlich leicht steigenden und Niedersachsen mit einer offensichtlich fallenden Tendenz. Auffällig ist dagegen die geringe Anziehungskraft Schleswig-Holsteins – und, wie noch zu zeigen sein wird, des nördlichen Europas überhaupt – für die Bundesbürger, die in südlicheren Regionen wohnen: Von allen Bundesländern hat Bayern 1981 den niedrigsten An-

teil an Schleswig-Holstein-Reisen (6 %) gehabt, danach das Saarland (7 %), während aus Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz immerhin jede zehnte bzw. achte Reise nach Schleswig-Holstein führte. Das Urlaubsinteresse der Bundesbürger vor allem südlich des Mains konzentriert sich bei Inlandsreisen vielmehr auf Bayern, das beliebteste deutsche Urlaubsland für die Bürger aus sieben Bundesländern, nämlich vor allem für die Bayern selbst, die zu 61 % ihren Inlandsurlaub im Freistaat verbringen, für die Rheinland-Pfälzer (41 %), die Hessen (37 %), die Bremer (33 %), die Saarländer (32 %), die Berliner (28 %) und die Nordrhein-Westfalen (24 %). Obschon Bayern auch für die Baden-Württemberger ein attraktives Urlaubsland ist (29 %), blieben diese aber noch lieber im Ländle (38 %).

Insgesamt führten 1981 mit Abstand die meisten Inlandsreisen nach Bayern, nämlich 30 % oder 4,8 Mill. Reisen, während Schleswig-Holstein mit 16 % oder 2,6 Mill. Reisen auf Rang 2 lag. Bedenkt man jedoch, daß Bayern 4 1/2 mal so groß wie Schleswig-Holstein ist und fast 4 mal so viele Einwohner hat, mithin in Schleswig-Holstein etwa auf jeden Einwohner eine Inlandsreise im statistischen Durchschnitt entfällt, in Bayern dagegen „nur“ auf jeden zweiten, so zeigt sich schlaglichtartig die enorme Bedeutung des Fremdenverkehrs in unserem Lande.

Wie wenig die Bundesdeutschen insgesamt auf Urlaubsziele im Norden ausgerichtet sind, zeigt auch eine Betrachtung der Reisen in das Ausland. Wichtigstes skandinavisches Reiseziel für die Deutschen aus allen Bundesländern ist mit Abstand Dänemark, das 1981 jedoch nur bei den Schleswig-Holsteinern beliebtestes ausländisches Reiseziel war. Darüber hinaus kamen lediglich noch aus Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und Hamburg bedeutende Gästekontingente nach Dänemark. Auslandsreisen aus den südlichen Bundesländern nach Dänemark und erst recht in die übrigen skandinavischen Länder sind dagegen praktisch unbedeutend. So führte z.B. nur jede zweihundertste Auslandsreise von Bayern nach Dänemark, aus Schleswig-Holstein dagegen jeder fünfte. Offensichtlich ist es noch nicht in ausreichendem Maße gelungen, die Bundesbürger insbesondere südlich des Mains von den Vorteilen eines Urlaubs im Norden zu überzeugen.

Mehr Reisen außerhalb der Hochsaison

Während im Berichtszeitraum die Reisen nach Schleswig-Holstein insgesamt um etwa 12 % zugenommen

haben, sind die Reisen in der Hochsaison – darunter wird hier die Zeit vom 1. Juni bis 31. August verstanden – absolut gesehen nahezu konstant geblieben, anteilmäßig also gefallen.

Reisemonate

Von 100 Inlandsreisen nach Schleswig-Holstein entfielen auf	1975	1978	1981
April und Mai	7	8	10
Juni	13	9	11
Juli	42	34	32
August	24	28	27
September und Oktober	10	12	12

Das bedeutet also, daß die Vor-, Nach- und Nebensaison ein etwas stärkeres Gewicht bekommen hat. Wie die Tabelle zeigt, ist es tatsächlich gelungen, die Vorsaison-Monate April und Mai sowie die Nachsaison-Monate September und Oktober besser zu verkaufen, wenn auch deren Anteile – gemessen an der Hochsaison – immer noch gering sind. Damit sind also offensichtlich die Bemühungen um eine Verlängerung der Saison und somit eine bessere Auslastung der Fremdenverkehrskapazitäten nicht ohne Erfolg geblieben. Touristisch praktisch keine Rolle spielt die Winter- und Vorfrühlingszeit in Schleswig-Holstein. Außer der sehr stark frequentierten Hochsaison – hier ragt der Juli heraus (1981: 32 %) – haben lediglich die Monate Mai, September und Oktober noch touristische Bedeutung.

Ferienhäuser am beliebtesten

Erhebliche Wandlungen haben sich in den betrachteten 7 Jahren bei der Art der Unterbringung der Gäste in Schleswig-Holstein gezeigt.

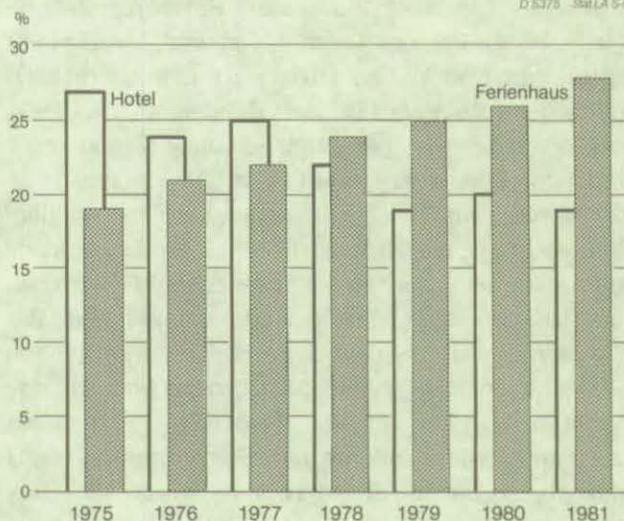
Unterkunftsart

Überwiegend benutzte Unterkunftsart bei Inlandsreisen nach Schleswig-Holstein in %	1975	1978	1981
Hotel, Gaststätte	27	22	19
Privatquartier	17	18	14
Bauernhof	4	3	4
Ferienhaus u. ä.	19	24	28
Campingplatz	12	10	10
Heilstätte, Sanatorium, Ferien- / Erholungsheim, Privatquartier ohne Entgelt	20	23	24

Ausgewählte Unterbringungsarten

Von 100 Inlandsreisen nach Schleswig-Holstein waren ... mit einer Unterbringung im Hotel / im Ferienhaus verbunden

D 5375 StatLA 5-H



Während noch 1975 die Hotels, Gaststätten und Pensionen beliebteste Unterkunftsart waren, hat sich deren Bedeutung doch stark reduziert: 1975 war noch mehr als jede vierte Inlandsreise mit einer Unterbringung im Hotel verbunden, 1981 war es noch nicht einmal jede fünfte. Ähnlich rückläufig waren die Unterbringungen im Privatquartier, ausgenommen die Ferien auf dem Bauernhof, die seit 1975 einen konstanten Anteil hatten. Etwa konstant ist auch die Unterbringung Campingplatz gewesen, die für gut 10 % der Inlandsreisen gewählt wird. Urlaube in Ferienhäusern und -wohnungen haben dagegen stark an Beliebtheit gewonnen. Seit 1975 verzeichnet diese Unterbringungsart von Jahr zu Jahr zunehmende Anteile, so daß insgesamt eine Zunahme um 50 % in diesen 7 Jahren entstanden ist. Der Urlaub in einem Ferienhaus wird offensichtlich als Alternative zum Hotel angesehen, denn die Zunahmen im Bereich der Unterbringungsart Ferienhaus entsprechen in etwa den Abnahmen im Bereich der Unterbringungsart Hotel und beide Unterbringungsarten zusammen binden knapp 50 % der Inlandsreisen, 1975 wie 1981.

Mehr kurze, weniger lange Reisen

Nicht unerhebliche Umschichtungen haben sich auch im Hinblick auf die Reisedauer ergeben. Stark zugenommen haben die Kurzreisen, also Reisen von 5 bis 7 Tage Dauer, die 1975 einen Anteil von 10 %, 1981 aber bereits einen von 15 % hatten. Genau umgekehrt war die Entwicklung der langen Reisen, das sind Reisen von 22 Tagen und mehr. Diese sind von 15

auf etwa 10 % gefallen. Beide Entwicklungen dürften unmittelbar mit der gestiegenen Reisehäufigkeit zusammenhängen, worunter hier das Verhältnis der gereisten Personen mit 2 und mehr Reisen zur Zahl aller gereisten Personen verstanden wird. Diese Mehrfachreisen sind in den letzten 20 Jahren erheblich gestiegen. Während in der Bundesrepublik 1961 nur etwa 6 % der gereisten Personen 2 und mehr Reisen unternahmen, waren es 1969 11 % und 1981 20 %. Allein im Berichtszeitraum ist die Reisehäufigkeit von 15 % auf 20 % gestiegen. Diese Entwicklung dürfte im wesentlichen auf gestiegene Einkommen und längeren Arbeitsurlaub zurückzuführen sein: Die Gewährung von wenigen zusätzlichen Urlaubstagen wird von vielen erfahrungsgemäß dazu benutzt, vielleicht nicht mehr nur eine 4-wöchige Sommerreise zu unternehmen, sondern den Sommerurlaub etwas abzukürzen und dafür ein zweites Mal zu verreisen, z.B. neben einem dreiwöchigen Sommerurlaub noch einen zweiwöchigen Herbsturlaub zu unternehmen.

Reisedauer

Von 100 Inlandsreisen nach Schleswig-Holstein dauerten ... Tage	1975	1978	1981
5 - 7 Tage	10	12	15
8 - 14 Tage	37	39	39
15 - 21 Tage	37	36	35
22 und mehr Tage	15	12	11

Urlaubszeiten zwischen 8 und 14 Tagen sind weitgehend stabil, in der Tendenz allerdings nach oben gerichtet, verlaufen; ähnliches gilt wiederum mit umgekehrtem Vorzeichen für Reisen, die zwischen 15 und 21 Tage dauerten. Reisen zwischen einer und drei Wochen stellen unverändert das mit Abstand größte Kontingent, und zwar fast zu gleichen Teilen, insgesamt nämlich etwa 75 %.

Dreiviertel aller Reisen per Pkw

Bei der Frage nach dem überwiegend benutzten Verkehrsmittel waren als Antwortmöglichkeiten Eisenbahn, Bus, Pkw (eigen und fremd), Flugzeug und Sonstiges vorgegeben. Erwartungsgemäß war der Pkw das mit Abstand dominierende Transportmittel, seine Anteile lagen ziemlich konstant zwischen 73 % und 78 %.

Die Bedeutung der Eisenbahn als Verkehrsmittel hat dagegen deutlich abgenommen. Während 1975

Verkehrsmittel

Von 100 Inlandsreisen nach Schleswig-Holstein erfolgten mit	1975	1978	1981
Pkw	75	73	75
Eisenbahn	20	18	15
Sonstigen Verkehrsmitteln	6	9	10

noch fast jede fünfte Reise nach Schleswig-Holstein mit der Eisenbahn durchgeführt wurde, war es 1981 nur noch etwa jede sechste. Die übrigen Verkehrsmittel spielen so gut wie keine Rolle und sind daher in der Tabelle unter der Position „Sonstiges“ zusammengefaßt.

Zunehmende Ausgabefreudigkeit

Die folgende Darstellung der Entwicklung der Reiseausgaben ist auf Haushaltsreisen bezogen, wobei etwa jede zweite Reise nach Schleswig-Holstein eine Haushaltsreise war. Als Haushaltsreise zählt jede von Haushaltsmitgliedern gemeinsam unternommene – also hinsichtlich aller Erhebungsmerkmale für alle Teilnehmer gleiche – Urlaubs- und Erholungsreise. Eine Reise, die von einem Haushaltsmitglied allein unternommen wurde, zählt als Einzelreise und gleichzeitig als Haushaltsreise. Bedingt durch Mehrfachreisen (2 oder mehr Reisen der selben Person) liegt die Zahl dieser Reisen höher als die der Reisenden. In den betrachteten 7 Jahren stieg sie durchschnittliche Ausgabe pro Reise von rund 1 100 auf 1 500 DM, eine Steigerung von etwa einem Drittel, die damit im Rahmen der Zunahme des Preisindex der Lebenshaltung im Bundesgebiet für alle privaten Haushalte liegt. Nebenbei bemerkt sind Inlandsreisen nach Schleswig-Holstein nicht gerade billig. Die 1 500 DM, die im Durchschnitt 1981 für Haushaltsreisen nach Schleswig-Holstein zu zahlen waren, lagen deutlich über den Kosten für Inlandsreisen in jedes andere Bundesland. Im Bundesdurchschnitt waren 1981 nur gut 1 100 DM pro Haushaltsreise zu bezahlen. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, daß Haushaltsreisen nach Schleswig-Holstein hinsichtlich ihrer Dauer und durchschnittlichen Teilnehmerzahl über dem Bundesdurchschnitt liegen.

Erheblich gestiegene Durchschnittsausgaben pro Reise sind sowohl bei den Haushaltsreisen mit einem als auch bei solchen mit mehr Teilnehmern festzustellen. Während die durchschnittlichen Ausgaben bei Haushaltsreisen mit einem Teilnehmer, die im übrigen

Haushaltsreisen

Haushaltsreisen im Inland nach Schleswig-Holstein	1975	1978	1981
Insgesamt (1 000)	1 103	1 133	1 279
Ausgaben je Reise (DM)	1 123	1 244	1 496
Reisen mit 1 Teilnehmer in % der Reisen insgesamt	28	42	42
Ausgaben je Reise (DM)	674	755	871
Reisen mit 2 u. m. Teilnehmern in % der Reisen insgesamt	72	58	58
Ausgaben je Reise (DM)	1 298	1 592	1 943

gen in diesen 7 Jahren auf 42 % und damit um ein Drittel angestiegen sind, von knapp 700 auf knapp 900 DM (+29 %) angestiegen sind, haben sich die Durchschnittsausgaben für Haushaltsreisen mit 2 und mehr Teilnehmern sogar von 1 300 DM auf etwa 1 950 DM erhöht, eine Zunahme um etwa 50 %. Dabei muß allerdings berücksichtigt werden, daß bei Haushaltsreisen mit 2 und mehr Teilnehmern die

durchschnittliche Teilnehmerzahl sich in dieser Zeit von 2,5 auf 2,7 erhöht hat. Allgemein ist bei Haushaltsreisen mit 2 und mehr Teilnehmern jedoch ihre abnehmende Tendenz zu beobachten, sank doch ihr Anteil an allen Haushaltsreisen von 72 % auf 58 %.

Wenn trotz der eingeschränkten Repräsentativität die Ergebnisse dieser Befragung bewertet und veröffentlicht werden, dann geschieht es nicht, um akribische Mengenvorstellungen über den Reiseverkehr nach Schleswig-Holstein zu vermitteln. Es sollen vielmehr Aussagen über einen Bereich gemacht werden, der trotz seiner Bedeutung statistisch noch wenig erhellt ist, und diese mit Zahlenangaben untermauert werden, die wenigstens cum grano salis zutreffen. Die Tatsache, daß selbst für ein kleines Bundesland im großen und ganzen stabile und plausible Zeitreihen aus den Ergebnissen dieser Erhebungen gebildet werden können, macht diese 0,1 %-Zusatzbefragung zum Mikrozensus zu einer wichtigen Statistik mit erheblichem Aussagewert.

Jörg Rüdell

Erläuterungen

Die Quelle ist nur bei Zahlen vermerkt, die nicht aus dem Statistischen Landesamt stammen.

Der Ausdruck „Kreise“ steht vereinfachend für „Kreise und kreisfreie Städte“.

Differenzen zwischen Gesamtzahl und Summe der Teilzahlen entstehen durch unabhängige Rundung; allen Rechnungen liegen die ungerundeten Zahlen zugrunde.

Bei Größenklassen bedeutet zum Beispiel „1–5“: „1 bis unter 5“. Zahlen in () haben eingeschränkte Aussagefähigkeit.

p – vorläufige, r – berichtigte, s – geschätzte Zahl, D – Durchschnitt.

Zeichen anstelle von Zahlen in Tabellen bedeuten:

- 0 – weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
- – nichts vorhanden
- – Zahlenwert unbekannt oder geheimzuhalten
- / – Zahlenwert nicht sicher genug
- × – Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
- ... – Angabe fällt später an

Aus unserem Archiv

9. Streiks

Alle Angaben wurden vollständig dem Jahr zugeordnet, in dem der Streik beendet wurde.

Bis 1923 war eine vollständige Erfassung der Streiks nicht gewährleistet. Die Meldungen erfolgten durch die Ortspolizeibehörden, die zwar beide Parteien befragen sollten, meist aber nur die Arbeitgeber befragten. Eine statistische Kontrolle der Angaben war nicht möglich. Erst mit Bildung der öffentlichen Arbeitsnachweise wurden diese ab 1923 Erhebungsstellen, denen die Beobachtung der Arbeitsstreitigkeiten gesetzlich vorgeschrieben war. Besonders die für 1918 bis 1920 ausgewiesenen Zahlen sind unvollständig und unzuverlässig, da insbesondere für die Zeit nach der Revolution (9. Nov. 1918) und das erste Halbjahr 1919 die Streikmeldungen mangelhaft einliefen. Viele Streiks wurden überhaupt nicht berichtet, oft tauchten Zweifel auf, ob nur die

wirtschaftlichen oder auch die politischen Streiks meldepflichtig seien. Politische Streiks traten nach 1910 in zunehmendem Maße auf und spielten besonders 1918 bis 1920 eine größere Rolle. Sie sind seit 1924 nicht mehr in der Statistik enthalten. Seit 1919 wurden die Streiks der Angestellten gesondert erfaßt. Sie waren vorher teilweise als "mittelbar betroffen" bei den Arbeiterstreiks gezählt worden. Neu ist nach dem ersten Weltkrieg auch die Erfassung der Streiks in der Land- und Forstwirtschaft.

Ab 1949 werden Streiks, an denen weniger als 10 Arbeitnehmer beteiligt sind, oder die weniger als 1 Tag dauern, es sei denn, dem Betrieb ist ein Verlust von mehr als 100 Arbeitstagen entstanden, nicht erfaßt.

Jahr	Art	Beendete Streiks	Betroffene Betriebe	Direkt und indirekt beteiligte Arbeitnehmer	Von den Streiks hatten			Verlorene Arbeitstage 1)					
					vollen	teilweisen	keinen Erfolg für die Arbeitnehmer						
Provinz Schleswig-Holstein, Gebiet 1876 bis 1920													
1899	Wirtschaftliche Streiks der gewerblichen Arbeiter	34	116	7 565	12	8	14	.					
1900	"	63	307	15 017	10	31	22	.					
1901	"	46	255	5 754	8	17	21	.					
1902	"	38	442	5 739	9	11	18	.					
1903	"	44	225	3 970	9	18	17	.					
1904	"	38	358	5 212	11	26	21	.					
1905	"	64	580	12 844	10	37	17	.					
1906	"	100	480	15 597	26	43	31	.					
1907	"	58	339	7 240	4	34	20	.					
1908	"	50	157	8 846	5	17	28	.					
1909	"	42	145	6 622	3	15	24	.					
1910	"	62	173	9 938	9	21	32	.					
1911	"	73	349	6 343	8	38	27	.					
1912	"	58	144	7 167	6	23	29	.					
1913	"	65	251	30 147	5	26	34	.					
1914	"	19	55	951	-	13	6	.					
1915	"	2	2	318	-	1	1	.					
1916	"	-	-	-	-	-	-	.					
1917	"	5	56	29 238	1	2	2	42 611					
1918	Wirtschaftliche Streiks der gewerblichen Arbeiter	4	4	1 558	-	4	-	3 181					
	Politische Streiks der gewerblichen Arbeiter	4	18	30 095	-	-	-	124 973					
1919	Wirtschaftliche Streiks der gewerblichen Arbeiter	54	1 285	14 143	12	37	5	63 286					
	Politische Streiks der gewerblichen Arbeiter	8	80	12 004	-	-	-	16 871					
	Wirtschaftl. Streiks der land- u. forstw. Arbeiter	7	33	455	-	5	2	776					
Provinz Schleswig-Holstein, Gebiet 1920 bis 1936													
1920 ²⁾	Wirtschaftliche Streiks der gewerblichen Arbeiter	83	1 113	17 283	20	48	15	111 621					
	" land- u. forstw. Arbeiter	33	255	2 778	5	18	10	11 458					
	" Angestellten	4	627	2 991	1	3	-	24 829					
1921	Wirtschaftliche Streiks der gewerblichen Arbeiter	94	1 947	24 936	13	63	18	483 497					
	" land- u. forstw. Arbeiter	22	85	1 460	-	6	16	9 492					
	" Angestellten	1	11	1 400	-	1	-	7 000					
1922	Wirtschaftliche Streiks der gewerblichen Arbeiter	109	780	26 457	27	71	11	295 366					
	" land- u. forstw. Arbeiter	12	573	4 609	2	5	5	50 288					
	" Angestellten	3	10	1 374	-	3	-	11 806					
1923	Wirtschaftliche Streiks der gewerblichen Arbeiter	94	495	33 469	8	53	33	277 874					
	" land- u. forstw. Arbeiter	5	157	5 367	-	4	1	43 480					
	" Angestellten	2	2	226	1	-	1	594					
1924	Wirtschaftliche Streiks der gewerblichen Arbeiter	122	742	21 349	33	62	27	373 480					
	" land- u. forstw. Arbeiter	3	3	135	-	1	2	1 459					
1925	Wirtschaftliche Streiks der gewerblichen Arbeiter	49	211	6 408	11	26	12	78 287					
	" land- u. forstw. Arbeiter	1	1	57	-	1	-	114					
	" Angestellten	1	1	20	-	-	1	120					
1926	Wirtschaftliche Streiks der gewerblichen Arbeiter	21	166	3 110	4	14	3	46 820					
1927	Wirtschaftliche Streiks der gewerblichen Arbeiter	37	302	6 060	9	11	17	116 589					
	" Angestellten	1	1	14	-	-	1	15					
Land Schleswig-Holstein, Gebiet seit 1. 4. 1937													
Jahr	Betroffene Betriebe	Direkt und indirekt beteiligte Arbeitnehmer	Verlorene Arbeitstage bei Streiks mit			Verlorene Arbeitstage	Jahr	Betroffene Betriebe	Direkt und indirekt beteiligte Arbeitnehmer	Verlorene Arbeitstage bei Streiks mit			Verlorene Arbeitstage
			vollen	teilweisen	keinem					vollen	teilweisen	keinem	
1949	96	474	7 093	-	-	7 093	1957 ³⁾	39	28 571	100	2 295 303	-	2 295 403
1950	14	2 905	262	17 334	1 380	18 976	1958	101	6 538	-	9 477	-	9 477
1951	62	481	7 523	-	140	7 663	1959	1	12	-	-	-	384
1952	295	20 184	-	44 427	-	44 582	1960	-	-	-	-	-	-
1953	19	185	-	1 100	-	1 100	1961	1	34	-	-	-	429
1954	40	501	-	795	262	1 057	1962	104	2 405	-	-	-	33 592
1955	26	693	1 092	1 358	10 210	12 660	1963	-	-	-	-	-	-
1956	22	795	-	15 338	-	15 338	1964	1	13	-	-	-	46
							1965	-	-	-	-	-	-

1) 1917 bis 1922: Rechnungsziffer (Zahl der Streikenden vervielfacht mit der Dauer der Streiks) als Behelf für verlorene Arbeitstage

2) Über die bedeutsamen politischen Streiks im Jahre 1920 (z.B. aus Anlaß des Kapp-Putsches) liegen keine regionalen Zahlen vor

3) Metallarbeiterstreik vom Oktober 1956 bis Februar 1957

QUELLEN: siehe Tabelle 10

STATISTISCHE MONATSHEFTE SCHLESWIG-HOLSTEIN

36. Jahrgang . Heft 6 . Juni 1984

Schleswig-Holstein im Zahlenspiegel

Monats- und Vierteljahreszahlen

		1982	1983	1983			1984			
				Monats- durchschnitt	Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März
BEVÖLKERUNG UND ERWERBSTÄTIGKEIT										
*BEVÖLKERUNG AM MONATSENDE	1 000	2 620	2 618	2 617	2 617	2 617	2 616
NATURLICHE BEVÖLKERUNGSBEWEGUNG										
*Eheschließungen 1)	Anzahl	1 201	1 237	691	1 210	843	546	680
*	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	5,5	5,7	3,4	5,4	3,9	2,5	3,3
*Lebendgeborene 2)	Anzahl	2 040	1 956	1 800	2 094	1 938	1 773	1 774
*	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	9,3	9,0	9,0	9,4	9,0	8,0	8,5
*Gestorbene 3) (ohne Totgeborene)	Anzahl	2 633	2 585	2 555	2 873	2 523	2 570	2 341
*	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	12,1	11,9	12,7	12,9	11,7	11,6	11,3
* darunter im ersten Lebensjahr	Anzahl	21	19	18	14	13	16	18
*	je 1 000 Lebendgeborene	10,3	9,7	10,0	6,7	6,7	9,0	10,1
*Überschuß der Geborenen (+) oder Gestorbenen (-)	Anzahl	- 593	- 629	- 755	- 779	- 585	- 797	- 567
*	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	- 2,7	- 2,9	- 3,8	- 3,5	- 2,7	- 3,6	- 2,7
WANDERUNGEN										
*Über die Landesgrenze Zugezogene	Anzahl	5 589	5 436	4 458	5 636	5 876	5 193
*Über die Landesgrenze Fortgezogene	Anzahl	5 082	4 937	4 072	5 235	5 084	4 853
*Wanderungsgewinn (+) oder -verlust (-)	Anzahl	+ 507	+ 499	+ 386	+ 401	+ 792	+ 340
*Innerhalb des Landes Umgezogene 4)	Anzahl	9 835	10 095	8 977	10 309	10 625	11 064
Wanderungsfälle	Anzahl	20 506	20 468	17 507	21 180	21 585	21 110
	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	139	140	132	142	150	145
ARBEITSLAGE										
*Arbeitslose	1 000	91	107	123	113	105	123	123	115	107
darunter *Männer	1 000	54	62	76	69	62	74	75	69	64
Kurzarbeiter	1 000	15,4	17,1	30,3	27,3	21,2	24,9	24,8	21,9	16,1
darunter Männer	1 000	12,2	14,2	25,1	22,8	17,7	21,8	22,4	19,9	14,6
Offene Stellen	1 000	3,7	2,5	2,4	3,3	3,3	2,1	2,4	3,8	3,3
LANDWIRTSCHAFT										
VIHBESTAND										
*Rindvieh (einschließlich Kälber)	1 000	1 565 ^a	1 616 ^a
darunter *Milchkühe	1 000	541 ^a	574 ^a
(ohne Ammen- und Mutterkühe)	1 000									
*Schweine	1 000	1 740 ^a	1 733 ^a	.	.	1 836	.	.	.	p 1 802
darunter *Zuchtsauen	1 000	190 ^a	190 ^a	.	.	197	.	.	.	p 194
darunter *trächtig	1 000	131 ^a	128 ^a	.	.	130	.	.	.	p 127
SCHLACHTUNGEN VON INLANDTIEREN										
*Rinder (ohne Kälber)	1 000 St.	37	38	30	35	31	36	37	39	...
*Kälber	1 000 St.	1	1	1	1	1	1	1	1	...
*Schweine	1 000 St.	236	238	213	245	224	238	235	239	...
darunter *Hausschlachtungen	1 000 St.	4 ^b	4 ^c	4	4	3	7	5	4	...
*SCHLACHTMENGEN⁵⁾ AUS GEWERBLICHEN SCHLACHTUNGEN (ohne Geflügel)										
	1 000 t	29,4	29,8	25,4	29,9	27,0	28,7	28,8	29,7	...
darunter *Rinder (ohne Kälber)	1 000 t	10,4	10,5	8,2	9,8	8,6	9,7	10,0	10,6	...
*Kälber	1 000 t	0,1	0,1	0	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	...
*Schweine	1 000 t	18,8	19,0	17,0	19,6	18,1	18,8	18,5	18,9	...
DURCHSCHNITTLICHES SCHLACHTGEWICHT FÜR										
Rinder (ohne Kälber)	kg	283	284	279	280	282	276	276	276	...
Kälber	kg	102	106	96	102	109	102	106	105	...
Schweine	kg	81	81	82	81	82	81	81	81	...
GEFLÜGEL										
Eingelegte Bruteier ⁶⁾	*für Legehennenküken	1 000	125	164	102	201	235	98	169	202
	für Masthühnerküken	1 000	1 156	1 033	966	1 307	1 055	962	989	...
*Geflügelfleisch ⁷⁾	1 000 kg	902	817	783	1 022	843	869	787	787	...
*MILCHERZEUGUNG										
	1 000 t	215	229	213	267	277	p 230	p 228	p 273	p 275
darunter *an Molkereien und Händler geliefert	%	97	97	97	97	98	p 97	p 97	p 97	p 98
*Milchleistung je Kuh und Tag	kg	r 13,3	13,5	13,6	15,4	16,6	p 13,0	p 13,7	p 15,3	p 16,0

*) Diese Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

1) nach dem Ereignisort 2) nach der Wohngemeinde der Mutter 3) nach der Wohngemeinde des Verstorbenen 4) ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene

5) einschließlich Schlachtfette, jedoch ohne Innereien 6) in Betrieben mit einem Fassungsvermögen von 1 000 und mehr Eiern

7) aus Schlachtungen inländischen Geflügels in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2 000 und mehr Tieren im Monat

a) Dezember b) Winterhalbjahr 1982/83 = 5 c) Winterhalbjahr 1983/84 = 6

Noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1982	1983	1983			1984			
			Monats- durchschnitt	Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März	April
PRODUZIERENDES GEWERBE										
VERARBEITENDES GEWERBE¹⁾										
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	1 000	174	166	166	166	165	162	162	162	162
darunter *Arbeiter und gewerblich Auszubildende	1 000	121	114	114	113	113	111	111	112	111
*Geleistete Arbeiterstunden	1 000	17 312	16 254	16 033	17 316	16 177	16 120	16 122	16 833	15 495
*Löhne (brutto)	Mill. DM	309,8	301,7	255,0	278,4	282,2	275,6	267,9	275,5	294,6
*Gehälter (brutto)	Mill. DM	198,5	202,7	182,9	188,8	r 190,2	189,4	191,0	192,9	197,4
Auftragseingang ausgewählter Wirtschaftszweige	Mill. DM	1 420	1 559	1 711	1 541	1 363	1 564	1 426	2 210	1 435
aus dem Inland	Mill. DM	1 039	1 071	1 400	1 119	917	1 121	1 002	1 719	989
aus dem Ausland	Mill. DM	380	488	311	422	r 446	443	424	490	446
*Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	2 802	2 849	2 503	2 978	r 2 804	2 707	2 778	2 905	2 902
Inlandsumsatz	Mill. DM	2 261	2 319	2 068	2 350	r 2 273	2 108	2 238	2 370	2 250
*Auslandsumsatz	Mill. DM	541	529	436	628	531	598	540	536	653
*Kohleverbrauch ²⁾	1 000 t SKE	22	19	10	8	23	12	17	20	21
*Gasverbrauch ³⁾	Mill. m ³	35,9	40,2	36,2	45,3	44,6	41,0	46,0	49,0	39,9
*Stadt- und Kokereigas	Mill. m ³
*Erd- und Erdölgas	Mill. m ³
*Heizölverbrauch ⁴⁾	1 000 t	75	66	74	81	66	92	89	95	83
*Leichtes Heizöl	1 000 t	10	8	11	11	9	12	12	19	8
*schweres Heizöl	1 000 t	66	57	63	71	58	80	77	76	74
*Stromverbrauch ⁵⁾	Mill. kWh	220	222	209	238	222	230	235	249	236
*Stromerzeugung (industrielle Eigenerzeugung)	Mill. kWh	31	25	28	24	21	25	23	21	19
*Index der industriellen Nettoproduktion (landesspezifische Indizes werden bis auf weiteres nicht mehr berechnet)	
BAUHAUPTGEWERBE⁶⁾ (Ab März 1984 vorläufige Ergebnisse)										
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	Anzahl	48 965	49 160	43 719	46 829	48 694	46 953	46 131	46 957	...
*Geleistete Arbeitsstunden	1 000	5 352	5 473	2 690	5 013	5 518	3 599	3 470	5 052	...
darunter für										
*Wohnungsbauten	1 000	2 290	2 346	1 227	2 219	2 359	1 685	1 643	2 169	...
*gewerbliche und industrielle Bauten	1 000	1 092	1 176	682	1 111	1 181	897	877	1 133	...
*Verkehrs- und öffentliche Bauten	1 000	1 835	1 765	705	1 537	1 795	950	889	1 646	...
*Löhne (brutto)	Mill. DM	107,3	112,1	49,7	92,1	111,8	70,2	67,1	98,3	...
*Gehälter (brutto)	Mill. DM	18,8	19,2	16,1	17,0	17,5	18,0	17,6	17,8	...
*Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	358,6	376,1	206,8	254,3	305,2	194,4	205,3	252,1	...
Auftragseingang ⁷⁾	Mill. DM	211,8	247,6	167,6	357,0	277,0	121,3	196,4	265,3	...
AUSBAUGEWERBE⁸⁾										
Beschäftigte	Anzahl	8 422	7 998	7 666	7 605	7 691	7 954	7 771	7 774	...
Geleistete Arbeitsstunden	1 000	983	940	828	942	861	934	894	936	...
Löhne und Gehälter	Mill. DM	19,6	19,1	15,9	17,2	17,0	17,7	17,2	18,1	...
Ausbaugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	55,9	56,0	45,8	50,2	45,4	32,7	43,1	47,9	...
ÖFFENTLICHE ENERGIEVERSORGUNG⁹⁾										
*Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	972	959	778	854	734	2 063	1 716
*Stromverbrauch (einschließlich Verluste, ohne Pumpstromverbrauch)	Mill. kWh	808	816	871	935	796	1 007	942
*Gaserzeugung (brutto)	Mill. m ³
HANDWERK										
HANDWERK (Meßzahlen)¹⁰⁾										
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)					1. Vj. 83				1. Vj. 84	
am Ende des Vierteljahres	30.9.1976 = 100	101,4	101,3	.	97,1	.	.	.	99,8	.
*Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Vj.-D 1976 = 100	128,4	134,0	.	107,0	.	.	.	110,9	.

*) Diese Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

1) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. Zur Methode siehe Statistischen Bericht E I 1 2) 1 t Steinkohle = 1 t SKE = Steinkohle-Einheit (29 308 MJ) 3) 1 000 m³ Gas (H₂ = 35,169 MJ/m³) = 1,2 t SKE 4) 1 t Heizöl, leicht = 1,46 t SKE, schwer = 1,40 t SKE 5) 1 000 kWh Strom = 0,123 t SKE 6) Zur Methode siehe Statistischen Bericht E II 1 7) Nur Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten 8) Zur Methode siehe Statistischen Bericht E III 1 9) Quelle: Der Wirtschaftsminister des Landes Schleswig-Holstein 10) ohne handwerkliche Nebenbetriebe

Noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1982	1983	1983			1984			
				Monats- durchschnitt	Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März
BAUTÄTIGKEIT										
BAUGENEHMIGUNGEN										
*Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	467	661	462	745	838	334	418	526	514
darunter mit										
*1 Wohnung	Anzahl	326	483	339	549	582	214	296	377	364
*2 Wohnungen	Anzahl	80	107	72	134	146	57	76	101	83
*Rauminhalt	1 000 m ³	523	687	484	730	909	449	445	498	573
*Wohnfläche	1 000 m ²	91	120	84	128	160	84	78	88	103
*Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	117	171	152	235	227	79	91	127	133
*Rauminhalt	1 000 m ³	520	599	573	934	682	309	339	330	360
*Nutzfläche	1 000 m ²	88	103	97	156	123	52	52	63	65
*Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 159	1 570	1 102	1 628	2 124	1 188	994	1 140	1 314
HANDEL UND GASTGEWERBE										
AUSFUHR										
*Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	677,7	678,8	547,1	888,9	648,2	702,1	678,8	890,6	...
davon Güter der										
*Ernährungswirtschaft	Mill. DM	118,6	115,4	85,7	127,9	129,6	118,9	132,5	129,0	...
*gewerblichen Wirtschaft	Mill. DM	559,1	563,4	461,4	761,0	518,6	533,2	546,3	761,6	...
davon										
*Rohstoffe	Mill. DM	13,9	12,8	10,9	14,5	11,2	18,0	19,1	15,7	...
*Halbwaren	Mill. DM	61,5	57,4	48,2	75,8	49,9	66,2	90,8	61,5	...
*Fertigwaren	Mill. DM	483,7	493,2	402,3	670,6	457,5	499,1	436,3	684,4	...
davon										
*Vorerzeugnisse	Mill. DM	55,9	64,3	54,5	76,5	65,7	75,8	78,7	87,9	...
*Enderzeugnisse	Mill. DM	427,8	428,8	347,8	594,0	391,8	423,2	357,6	596,5	...
nach ausgewählten Verbrauchsländern										
*EG-Länder	Mill. DM	290,5	295,1	245,2	361,2	320,8	329,6	333,4	371,5	...
darunter Niederlande	Mill. DM	54,4	64,2	55,7	93,8	86,7	73,5	56,2	67,3	...
Dänemark	Mill. DM	58,0	57,3	53,5	56,9	80,2	66,6	74,7	80,7	...
Frankreich	Mill. DM	56,1	55,2	48,5	74,5	52,6	62,2	54,6	75,8	...
Vereinigtes Königreich	Mill. DM	39,1	45,6	28,7	44,6	36,1	45,3	63,6	57,8	...
*EINZELHANDELSUMSATZE (Meßzahl)	1980 = 100	105,3	r 108,8	92,1	115,0	102,3	r 97,1	r 97,9	109,9	...
*GASTGEWERBEUMSATZE (Meßzahl)	1980 = 100	102,0	108,4	68,0	86,2	102,2	r 70,4	r 69,9	83,6	...
FREMDENERKEHR IN BEHERBERGUNGSTÄTTEN MIT 9 UND MEHR GÄSTEBETTEN										
*Ankünfte	1 000	217	216	83	152	188	76	94	127	...
darunter *von Auslandsgästen	1 000	22	21	9	15	20	7	9	12	...
*Übernachtungen	1 000	1 338	1 307	303	634	885	293	344	512	...
darunter *von Auslandsgästen	1 000	40	40	16	27	37	13	17	23	...
VERKEHR										
SEESCHIFFFAHRT¹⁾										
Güterempfang	1 000 t	1 143	1 175	1 219	1 214	1 021
Güterversand	1 000 t	545	603	567	638	621
BINNENSCHIFFFAHRT										
*Güterempfang	1 000 t	164	138	116	147	143	138	126	159	139
*Güterversand	1 000 t	142	148	94	147	150	166	98	140	159
*ZULASSUNGEN FABRIKNEUER KRAFTFAHRZEUGE										
darunter Krafträder	Anzahl	8 169	9 382	8 502	15 280	11 377	8 442	9 730
(einschließlich Motorroller)										
*Personenkraftwagen 2)	Anzahl	450	432	184	1 487	1 049	48	219
*Lastkraftwagen	Anzahl	7 163	8 253	7 821	12 980	9 541	7 867	8 983
(einschließlich mit Spezialaufbau)	Anzahl	325	400	266	431	439	337	340
STRASSENVERKEHRSUNFÄLLE										
*Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 449	1 533	904	1 215	1 467	1 186	971	1 160	p 1 351
*Getötete Personen	Anzahl	40	43	26	40	37	41	27	39	p 29
*Verletzte Personen	Anzahl	1 867	1 966	1 159	1 556	1 846	1 521	1 238	1 495	p 1 764

*) Diese Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht
 1) ohne Eigengewichte der als Verkehrsmittel im Fährverkehr transportierten Eisenbahn- und Straßenfahrzeuge
 2) einschließlich Kombinationskraftwagen

Noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1982	1983	1983			1984			
				Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März	April
GELD UND KREDIT										
KREDITE UND EINLAGEN²⁾										
*Kredite ³⁾ an Nichtbanken insgesamt (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	61 136	65 433	61 926	62 433	62 465	65 112	64 934	65 192	...
darunter										
*Kredite 3) an inländische Nichtbanken	Mill. DM	59 217	63 597	60 062	60 611	60 660	63 327	63 177	63 486	...
*kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	9 118	9 907	9 047	9 337	9 296	9 475	9 505	9 694	...
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	8 878	9 190	8 689	9 064	8 910	8 942	9 047	9 353	...
*an öffentliche Haushalte	Mill. DM	239	717	358	273	386	533	458	341	...
*mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	7 513	7 348	7 390	7 286	7 319	7 169	7 168	7 175	...
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	5 675	5 529	5 495	5 439	5 440	5 404	5 393	5 407	...
*an öffentliche Haushalte	Mill. DM	1 838	1 819	1 895	1 847	1 879	1 765	1 775	1 768	...
*langfristige Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	42 587	46 341	43 624	43 988	44 045	46 684	46 504	46 617	...
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	31 809	34 816	32 344	32 600	32 812	35 140	35 012	35 063	...
*an öffentliche Haushalte	Mill. DM	10 778	11 525	11 280	11 388	11 233	11 545	11 492	11 554	...
*Einlagen und aufgenommene Kredite ³⁾ von Nichtbanken (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	38 037	40 378	38 368	37 925	38 122	40 153	40 202	39 864	...
*Sichteinlagen und Termingelder	Mill. DM	23 499	24 711	23 738	23 231	23 374	24 654	24 707	24 393	...
*von Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	17 386	18 366	17 446	17 116	17 232	18 425	18 424	18 134	...
*von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	6 112	6 345	6 291	6 115	6 142	6 229	6 283	6 259	...
*Spareinlagen	Mill. DM	14 539	15 667	14 631	14 694	14 747	15 498	15 495	15 471	...
*bei Sparkassen (Spareinlagen, Sparbriefe, Namensschuldverschreibungen)	Mill. DM	10 599	11 457	10 733	10 762	10 796	11 501
*Gutschriften auf Sparkonten (einschließlich Zinsgutschriften)	Mill. DM	886	990	865	994	887	1 595	981	873	...
*Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	817	896	748	931	834	1 764	984	897	...
ZÄHLUNGSSCHWIERIGKEITEN										
*Konkurse (eröffnete und mangels Masse abgelehnte)	Anzahl	56	54	53	55	59	68	56	63	64
*Vergleichsverfahren	Anzahl	0,2	0,3	2	-	-	-	-	-	-
*Wechselproteste (ohne die bei der Post)	Anzahl	404	337	259	309	304	318	276	325	...
*Wechselsumme	Mill. DM	3,6	2,4	1,5	2,5	2,2	2,3	1,8	1,6	...
STEUERN										
STEUERAUFGOMMEN NACH DER STEUERART										
			Vierteljahres- durchschnitt		1. Vj. 83				1. Vj. 84	
*Gemeinschaftssteuern	Mill. DM	2 111,3	2 248,0	-	2 215,2	-	-	-	2 420,7	-
*Steuern vom Einkommen	Mill. DM	1 500,5	1 567,9	-	1 466,3	-	-	-	1 609,3	-
*Lohnsteuer 4)	Mill. DM	1 084,6	1 161,8	-	1 055,9	-	-	-	1 132,1	-
*veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	244,7	237,0	-	255,2	-	-	-	271,8	-
*nichtveranlagte Steuern vom Ertrag	Mill. DM	17,8	17,9	-	16,3	-	-	-	18,8	-
*Körperschaftsteuer 4)	Mill. DM	153,4	151,2	-	138,9	-	-	-	186,5	-
*Steuern vom Umsatz	Mill. DM	610,9	680,0	-	748,9	-	-	-	811,4	-
*Umsatzsteuer	Mill. DM	403,4	442,1	-	543,7	-	-	-	553,6	-
*Einfuhrumsatzsteuer	Mill. DM	207,4	238,0	-	205,1	-	-	-	257,8	-
*Bundessteuern	Mill. DM	129,4	131,0	-	142,2	-	-	-	141,1	-
*Zölle	Mill. DM	0,2	0,1	-	0,0	-	-	-	0,1	-
*Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	117,9	118,5	-	118,9	-	-	-	117,3	-
*Landessteuern	Mill. DM	137,8	164,2	-	148,7	-	-	-	169,7	-
*Vermögenssteuer	Mill. DM	27,2	30,9	-	33,3	-	-	-	27,2	-
*Kraftfahrzeugsteuer	Mill. DM	70,6	73,8	-	68,0	-	-	-	74,8	-
*Biersteuer	Mill. DM	4,8	5,5	-	3,9	-	-	-	5,0	-
*Gemeindesteuern	Mill. DM	267,0	261,0	-	249,1	-	-	-	239,7	-
*Grundsteuer A	Mill. DM	7,2	7,3	-	7,3	-	-	-	7,9	-
*Grundsteuer B	Mill. DM	55,6	57,3	-	53,9	-	-	-	59,8	-
*Gewerbesteuer	Mill. DM	186,4	181,8	-	170,0	-	-	-	177,8	-
nach Ertrag und Kapital (brutto)										
STEUERVERTEILUNG AUF DIE GEBIETSKÖRPERSCHAFTEN										
*Steuereinnahmen des Bundes	Mill. DM	1 144,6	1 202,7	-	1 195,2	-	-	-	1 278,3	-
*Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. DM	579,3	601,3	-	552,2	-	-	-	607,4	-
*Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. DM	412,3	452,2	-	498,0	-	-	-	531,5	-
*Anteil an der Gewerbesteuerumlage	Mill. DM	23,5	18,2	-	2,8	-	-	-	1,7	-
*Steuereinnahmen des Landes	Mill. DM	1 214,8	1 293,4	-	1 277,8	-	-	-	1 397,6	-
*Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. DM	710,8	735,3	-	695,5	-	-	-	767,2	-
*Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. DM	342,7	375,7	-	430,8	-	-	-	462,4	-
*Anteil an der Gewerbesteuerumlage	Mill. DM	23,5	18,2	-	2,8	-	-	-	1,7	-
*Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	Mill. DM	437,2	455,2	-	248,6	-	-	-	241,1	-
*Gewerbesteuer	Mill. DM	139,4	145,4	-	164,6	-	-	-	181,3	-
nach Ertrag und Kapital (netto) ⁵⁾										
*Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	Mill. DM	217,2	230,6	-	5,0	-	-	-	2,1	-

Noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

	1982	1983	1983			1984				
			Monats- durchschnitt	Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März	April
PREISE										
PREISINDEXZIFFERN IM BUNDESGBIET 1980 = 100										
Einfuhrpreise	116,2	115,8	114,4	112,9	113,0	121,5	120,7	119,8
Ausfuhrpreise	110,4	112,3	111,3	111,2	114,4	114,6	114,8	115,1
Grundstoffpreise ⁵⁾ (1976 = 100)	138,0	137,8	136,3	r 135,1	r 135,4	142,8	142,7
Erzeugerpreise gewerblicher Produkte ⁶⁾	141,1	115,8	115,0	114,7	115,1	117,8	118,0	118,2
landwirtschaftlicher Produkte ⁶⁾ (1976 = 100)	107,3	105,8	106,9	106,6	104,9	105,9	p 109,2	p 110,2
*Preisindex für Wohngebäude, Neubau, Bauleistungen am Gebäude	108,9	111,2	109,3	.	.	.	113,0	.	.	.
Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel (Ausgabenindex) ⁶⁾ (1976 = 100)	127,0	128,0	127,8	127,2	127,4	131,2	p 131,9	p 131,5
Einzelhandelspreise (1976 = 100)	128,6	131,7	130,7	130,6	130,9	133,5	134,0	134,3	134,6	134,6
*Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte	111,9	115,6	114,5	114,4	114,7	117,5	117,8	117,9	118,1	118,1
darunter für										
*Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	111,3	114,3	113,8	114,1	114,7	115,3	116,1	116,5	116,7	116,7
Bekleidung, Schuhe	109,8	113,0	112,0	112,3	112,4	114,5	114,6	114,9	115,1	115,1
Wohnungsmieten	109,7	115,6	113,8	114,4	114,9	118,0	118,3	118,7	119,1	119,1
Energie (ohne Kraftstoffe)	125,6	124,5	123,0	120,2	121,6	128,7	128,9	127,2	127,7	127,7
Möbel, Haushaltsgeräte u. a. Güter für die Haushaltsführung	110,6	113,7	112,6	112,9	113,0	115,0	115,3	115,5	115,7	115,7
LÖHNE UND GEHÄLTER										
- Effektivverdienste in DM, ab Januar 1983 neuer Berichtskreis -										
ARBEITER IN INDUSTRIE UND HOCH- UND TIEFBAU										
Bruttowochenverdienste										
*männliche Arbeiter	646	671	.	.	654	649
darunter *Facharbeiter	679	697	.	.	678	673
*weibliche Arbeiter	437	454	.	.	445	453
darunter *Hilfsarbeiter	420	435	.	.	425	432
Bruttostundenverdienste										
*männliche Arbeiter	15,65	16,34	.	.	16,24	16,24
darunter *Facharbeiter	16,38	17,07	.	.	16,92	16,91
*weibliche Arbeiter	11,08	11,43	.	.	11,37	11,51
darunter *Hilfsarbeiter	10,67	10,97	.	.	10,91	11,01
Bezahlte Wochenarbeitszeit										
männliche Arbeiter (Stunden)	41,2	40,9	.	.	40,3	40,0
weibliche Arbeiter (Stunden)	39,4	39,6	.	.	39,1	39,4
ANGESTELLTE, BRUTTOMONATSVERDIENSTE										
in Industrie und Hoch- und Tiefbau										
Kaufmännische Angestellte										
*männlich	3 705	3 848	.	.	3 826	3 900
*weiblich	2 533	2 654	.	.	2 630	2 696
Technische Angestellte										
*männlich	3 841	3 995	.	.	3 959	4 006
*weiblich	2 439	2 602	.	.	2 589	2 634
in Handel, Kredit und Versicherungen										
Kaufmännische Angestellte										
*männlich	3 184	3 185	.	.	3 149	3 246
*weiblich	2 197	2 125	.	.	2 086	2 196
Technische Angestellte										
männlich	3 166	3 179	.	.	3 146	3 166
weiblich	(2 245)	(1 914)	.	.	1 640	(2 179)
in Industrie und Handel zusammen										
Kaufmännische Angestellte										
männlich	3 349	3 392	.	.	3 363	3 452
weiblich	2 294	2 270	.	.	2 235	2 332
Technische Angestellte										
männlich	3 805	3 925	.	.	3 889	3 935
weiblich	2 438	2 520	.	.	2 423	2 606

*) Diese Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht
 1) Bestandszahlen bei Krediten und Einlagen: Stand 31. 12. 2) Die Angaben umfassen die in Schleswig-Holstein gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, ohne die Kreditgenossenschaften (Raiffeisen), deren Bilanzsumme am 31. 12. 1972 weniger als 10 Mill. DM betrug, sowie ohne die Postscheck- und Postsparkassenämter 3) einschließlich durchlaufender Kredite 4) nach Berücksichtigung der Einnahmen und Ausgaben aus der Zerlegung 5) nach Abzug der Gewerbesteuerumlage 6) ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer

Jahreszahlen B
Erscheint im monatlichen Wechsel mit A

Jahr	Wohnungswesen				Ausfuhr				Fremdenverkehr ²⁾			
	zum Bau genehmigte Wohnungen 1) in 1 000	fertiggestellte Wohnungen 1)		Bestand an Wohnungen in 1 000	insgesamt	in EG-Länder	in Länder der EFTA	von Gütern der gewerblichen Wirtschaft	Ankünfte		Übernachtungen	
		insgesamt	im sozialen Wohnungsbau in %						insgesamt	Auslands-gäste	insgesamt	von Auslands-gästen
	Mill. DM								in 1 000			
1979	19	17	8	1 089	5 607	2 530	724	4 655	2 836	255	21 823	549
1980	18	19	7	1 107	6 137	2 837	863	4 964	2 976	238	22 748	522
1981	16	18	10	1 125	8 516	3 309	1 209	6 942	2 690	264	16 702	517
1982	13	15	10	1 140	8 132	3 486	1 185	6 709	2 609	258	16 061	476
1983	17	14	.	1 153	8 146	3 541	1 118	6 761	2 591	250	15 684	475

Jahr	Kfz-Bestand am 1. 7.				Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden			Spar-einlagen ⁵⁾ am 31. 12. in Mill. DM	Sozialhilfe			Kriegs-opfer-fürsorge	
	insgesamt	Kraft-räder	Pkw ³⁾	Lkw ⁴⁾	Unfälle	Getötete	Verletzte		insgesamt	Hilfe zum Lebensunterhalt			Aufwand in Mill. DM
										Aufwand in Mill. DM	Aufwand in Mill. DM		
	in 1 000												
1979	1 094	16	940	54	16 815	522	21 930	13 802	597,7	196,8	60,5	44,3	
1980	1 129	20	968	56	17 684	523	22 904	13 928	658,3	213,2	61,0	49,7	
1981	1 149	24	983	56	17 427	521	22 492	13 693	735,9	242,1	56,4 ^A	54,7	
1982	1 169	29	999	55	17 393	485	22 399	14 539	807,2	276,2	68,7	60,5	
1983	1 198	34	1 022	54	18 394	519	23 592	15 667	863,5	298,5	...	62,0	

Jahr	Steuern ⁶⁾								Fundierte Schulden			
	Steuereinnahmen nach der Steuerverteilung			Steuern vom Umsatz	Steuern vom Einkommen			Ver-brauch-steuern	Gewerbe-steuer nach Ertrag und Kapital	des Landes	der Gemeinden und Gemeindeverbände 7)	
	des Bundes	des Landes	der Gemeinden		insgesamt	Lohn-steuer	veranlagte Einkommen-steuer				insgesamt	Kredit-markt-mittel
	Mill. DM											
1979	4 311	4 421	1 544	2 004	5 115	3 002	1 549	523	753	7 865	2 592	2 044
1980	4 530	4 762	1 825	2 352	5 382	3 443	1 397	468	815	9 065	2 610	2 028
1981	4 617	4 732	1 760	2 480	5 262	3 570	1 129	522	773	10 145	2 722	2 110
1982	4 578	4 859	1 749	2 443	5 342	3 737	979	471	746	11 434	2 843	2 205
1983	4 811	5 174	1 821	2 720	5 546	3 961	948	474	727	12 564	2 886	2 220

Jahr	Preisindizes im Bundesgebiet					Löhne und Gehälter						
	Erzeugerpreise ⁸⁾		für Wohn-gebäude	der Lebenshaltung ⁹⁾ 1975 = 100		Industriearbeiter ¹⁰⁾		Angestellte in Industrie ¹⁰⁾ und Handel		öffentlicher Dienst		
	gewerblicher Produkte	landwirtschaftlicher Produkte		insgesamt	Nahrungs- und Genuß-mittel	Männer	Frauen	Bruttomonatsgehalt		Bruttomonatsgehalt ¹¹⁾		
	1980 = 100	1976 = 100	1980 = 100					insgesamt	Männer	Frauen	kaufmännische Angestellte	technische Angestellte
	DM											
1979	93,0	96,9	90,4	110,9	108,2	577	377	2 808	1 893	3 267	2 811	2 082
1980	100	99,3	100	117,0	112,7	609	400	3 008	2 035	3 490	2 985	2 210
1981	107,8	104,6	105,9	123,9	118,2	633	420	3 178	2 158	3 642	3 111	2 302
1982	114,1	107,3	108,9	130,5	125,5	646	437	3 349	2 294	3 805	3 221	2 384
1983	115,8	105,8	111,2	134,4	128,4	671	454	3 392	2 270	3 925	3 284	2 442

1) Errichtung neuer Gebäude 2) Bis 1980: in 156 Berichtsgemeinden, Fremdenverkehrsjahre (jeweils 1. 10. bis 30. 9.); ab 1981: in Schleswig-Holstein, nur Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten, Kalenderjahre, einschließlich Kinderheime 3) einschließlich Kombinationskraftwagen
4) einschließlich mit Spezialaufbau 5) ohne Postspareinlagen 6) Quelle für staatliche Steuern: Der Finanzminister des Landes Schleswig-Holstein
7) einschließlich ihrer Krankenhäuser, aber ohne Eigenbetriebe und Zweckverbände 8) ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer 9) für alle privaten Haushalte
10) einschließlich Hoch- und Tiefbau 11) Endgehalt. Die Angaben gelten für Verheiratete mit einem Kind
a) Hochgerechnetes Ergebnis einer Repräsentativ-Erhebung

Kreiszahlen

KREISFREIE STADT Kreis	Bevölkerung am 31. 1. 1984			Bevölkerungsveränderung im Januar 1984			Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden im April 1984 (vorläufige Zahlen)		
	insgesamt	Veränderung gegenüber		Überschuß der Geborenen oder Gestorbenen (-)	Wande- rungs- gewinn oder -verlust (-)	Bevölke- rungs- zunahme oder -abnahme (-)	Unfälle	Getötete ²⁾	Verletzte
		Vormonat	Vorjahres- monat 1)						
in %									
FLENSBURG	86 535	+ 0,1	- 0,1	- 41	90	49	33	1	40
KIEL	248 222	- 0,0	- 0,2	- 83	17	- 66	128	1	155
LOBECK	214 635	- 0,2	- 1,1	- 136	- 209	- 345	102	1	112
NEUMÜNSTER	79 362	+ 0,0	- 0,5	- 6	13	7	37	-	45
Dithmarschen	130 612	- 0,0	- 0,3	- 48	17	- 31	77	5	102
Hzgt. Lauenburg	157 883	- 0,0	+ 0,2	- 44	26	- 18	63	2	73
Nordfriesland	161 403	- 0,1	- 0,2	- 16	- 212	- 228	91	2	134
Ostholstein	194 338	+ 0,1	+ 0,3	- 82	208	126	118	2	154
Pinneberg	260 106	- 0,0	- 0,2	- 62	5	- 57	110	2	132
Plön	117 480	+ 0,2	+ 0,5	- 34	210	176	71	2	104
Rendsburg-Eckernförde	247 116	- 0,0	+ 0,2	- 54	42	- 12	137	5	183
Schleswig-Flensburg	182 621	- 0,0	- 0,2	- 41	9	- 32	75	4	96
Segeberg	214 067	+ 0,0	+ 0,3	- 28	64	36	119	-	163
Steinburg	127 786	- 0,0	- 0,4	- 67	22	- 45	73	2	104
Stormarn	193 975	- 0,0	+ 0,5	- 55	38	- 17	117	-	167
Schleswig-Holstein	2 616 141	- 0,0	- 0,1	- 797	340	- 457	1 351	29	1 764

KREISFREIE STADT Kreis	Verarbeitendes Gewerbe ³⁾			Kraftfahrzeugbestand am 1. 1. 1984	
	Betriebe am 30. 4. 1984	Beschäftigte am 30. 4. 1984	Umsatz ⁴⁾ im April 1984 Mill. DM	insgesamt	Pkw ⁵⁾
FLENSBURG	70	8 607	142	33 294	29 819
KIEL	133	23 379	444	94 681	85 131
LOBECK	141	21 231	253	82 072	73 665
NEUMÜNSTER	73	9 492	101	34 000	30 159
Dithmarschen	73	6 074	300	66 379	53 281
Hzgt. Lauenburg	96	7 858	86	74 627	64 278
Nordfriesland	55	2 917	68	77 505	62 437
Ostholstein	81	5 545	94	84 962	72 746
Pinneberg	194	20 068	307	120 457	105 031
Plön	48	2 537	33	55 636	46 787
Rendsburg-Eckernförde	122	9 771	156	118 953	99 563
Schleswig-Flensburg	89	4 929	130	89 483	72 468
Segeberg	174	14 007	210	113 626	97 569
Steinburg	92	10 111	238	61 283	49 971
Stormarn	148	15 238	341	93 191	81 647
Schleswig-Holstein	1 589	161 764	2 903	1 200 149	1 024 552

1) nach dem Gebietsstand vom 31. 1. 1984 2) einschließlich der innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen

3) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten 4) ohne Umsatzsteuer 5) einschließlich Kombinationskraftwagen

Anmerkungen: Eine ausführliche Tabelle mit Kreiszahlen, die von allen Statistischen Landesämtern gebracht werden, erscheint in Heft 5 und 11

Zahlen für die Bundesländer

Land	Bevölkerung am 31. 12. 1983			Arbeitsmarkt			*Viehbestände		
	in 1 000	Veränderung gegenüber		Arbeitslose am 31. 3. 1984	Kurzarbeiter Monatsmitte März 1984	offene Stellen am 31. 3. 1984	Schweine insgesamt am 3. 12. 1983	Rindvieh am 3. 12. 1983	
		VZ 1970	Vorjahres- stand					insgesamt	Milchkühe (einschl. Zugkühe)
		in %							
Schleswig-Holstein	2 616,6	+ 4,9	- 0,1	115,2	21,9	3,8	1 733	1 616	574
Hamburg	1 609,5	- 10,3	- 0,9	79,7	18,9	2,2	10	14	4
Niedersachsen	7 248,5	+ 2,3	- 0,1	350,6	79,1	11,5	7 242	3 315	1 193
Bremen	676,9	- 6,3	- 1,2	39,6	17,5	1,3	5	18	5
Nordrhein-Westfalen	16 836,5	- 0,5	- 0,7	732,4	208,2	17,6	5 978	2 051	666
Hessen	5 565,0	+ 3,4	- 0,6	175,0	46,9	8,9	1 325	871	296
Rheinland-Pfalz	3 633,5	- 0,3	- 0,1	127,9	25,1	4,6	677	638	230
Baden-Württemberg	9 243,3	+ 3,9	- 0,3	230,7	88,1	19,1	2 260	1 850	694
Bayern	10 969,5	+ 4,7	+ 0,0	404,8	82,1	19,6	4 172	5 107	2 048
Saarland	1 052,8	- 6,0	- 0,4	51,5	17,6	1,2	44	72	25
Berlin (West)	1 854,5	- 12,6	- 0,8	85,6	12,3	3,5	4	1	0
Bundesgebiet	61 306,7	+ 1,1	- 0,4	2 393,3	617,7	93,3	23 449	15 552	5 735

Land	Verarbeitendes Gewerbe ¹⁾			Bauhauptgewerbe		Wohnungswesen im Januar 1984	
	Beschäftigte am 29. 2. 1984	Umsatz ²⁾ im Februar 1984		Beschäftigte am 31. 1. 1984		zum Bau genehmigte Wohnungen	
		in 1 000	Mill. DM	Auslandsumsatz in %	in 1 000	je 1 000 Einwohner	Anzahl
Schleswig-Holstein	162	2 859	19	47	18	1 188	4,5
Hamburg	145	6 794	10	25	16	478	3,0
Niedersachsen	628	12 101	32	115	16	2 607	3,6
Bremen	75	1 377	28	12	17	98	1,4
Nordrhein-Westfalen	1 945	33 071	28	246	15	9 584	5,7
Hessen	599	8 456	29	91	16	1 655	3,0
Rheinland-Pfalz	359	6 643	36	65	18	2 056	5,7
Baden-Württemberg	1 353	19 290	31	192	21	5 777	6,2
Bayern	1 257	17 907	32	195	18	4 484	4,1
Saarland	140	2 001	31	18	17	511	4,9
Berlin (West)	157	3 469	14	33	18	651	3,5
Bundesgebiet	6 820	113 967	28	1 039	17	29 089	4,7

Land	*Kfz-Bestand ³⁾ am 1. 1. 1984			Straßenverkehrsunfälle ⁵⁾ mit Personenschaden im Februar 1984				Bestand an Spar- einlagen ⁶⁾ am 29. 2. 1984 in DM je Einw.	Steuereinnahmen		
	ins- gesamt	Pkw ⁴⁾		Unfälle	Getötete	Verletzte	Verun- glückte je 100 Unfälle		des Landes	des Bundes	der Gemeinden
		Anzahl	je 1 000 Einwohner						im 4. Vierteljahr 1983		
	in 1 000			in DM je Einwohner							
Schleswig-Holstein	1 200	1 025	392	971	27	1 238	130	5 920	545	523	253
Hamburg	640	574	357	639	5	782	123	9 412	912	4 411	379
Niedersachsen	3 367	2 849	393	2 556	98	3 367	136	7 412	569	576	265
Bremen	268	241	356	277	4	311	114	8 371	652	1 402	288
Nordrhein-Westfalen	7 511	6 593	397	6 137	131	7 833	130	8 308	633	1 080	320
Hessen	2 725	2 358	424	2 040	60	2 687	135	8 859	660	915	314
Rheinland-Pfalz	1 841	1 544	425	1 416	40	1 875	135	8 335	585	736	194
Baden-Württemberg	4 587	3 886	420	2 996	85	4 044	138	8 989	698	914	315
Bayern	5 441	4 427	404	3 465	143	4 769	142	9 256	621	732	299
Saarland	494	441	419	444	9	593	136	7 983	548	555	221
Berlin (West)	683	602	325	809	12	1 004	126	7 883	526	2 067	139
Bundesgebiet	28 860 ^{a)}	24 689 ^{a)}	403	21 750	614	28 503	134	8 435	632	987	292

*) An dieser Stelle erscheinen abwechselnd Angaben über Viehbestände, Kfz-Bestand und Bruttoinlandsprodukt

1) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten 2) ohne Umsatzsteuer 3) ohne Bundespost und Bundesbahn

4) einschließlich Kombinationskraftwagen 5) Schleswig-Holstein endgültige, übrige Länder vorläufige Zahlen 6) ohne Postspareinlagen

a) Länder ohne Bundesgebiet einschließlich Bundespost und Bundesbahn

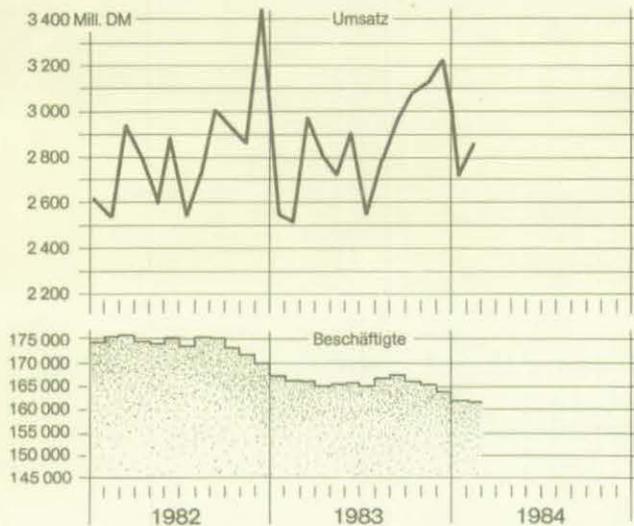
Inhalt der bisher erschienenen Hefte des laufenden Jahrgangs

	Heft/Seite
Erwerbstätigkeit	
Berufspendler 1982	2/18
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	
Regionale Verbreitung von Feldfrüchten	1/1
Feldfruchternte 1983	2/22
Gartenbau	3/30
Binnenfischerei	3/37
Produzierendes Gewerbe	
Verarbeitendes Gewerbe	1/12
Verschiedenes	
Schleswig-Holstein im Jahre 1983	4/49
Der Hamburg-Nachbarraum bis 1995	5/86

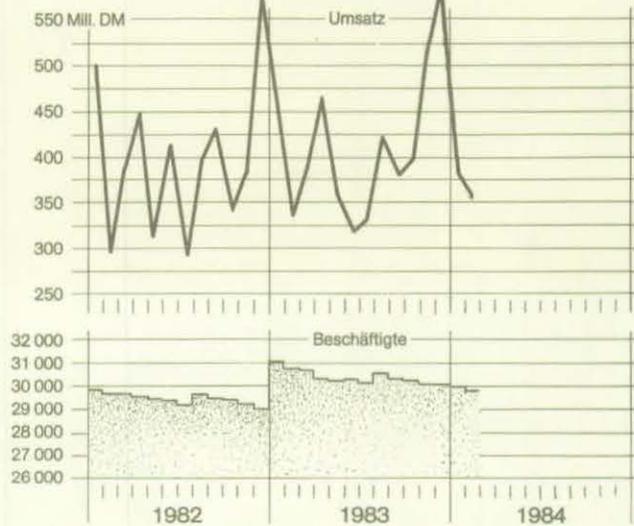
SCHLESWIG-HOLSTEINISCHE WIRTSCHAFTSKURVEN · B

Erscheint im monatlichen Wechsel mit Teil A: Bevölkerung (Bevölkerungsstand, Wanderungsbewegung, natürliche Bevölkerungsbewegung); Preisindex der Lebenshaltung im Bundesgebiet; Arbeitslose; Arbeiterverdienste; Steueraufkommen

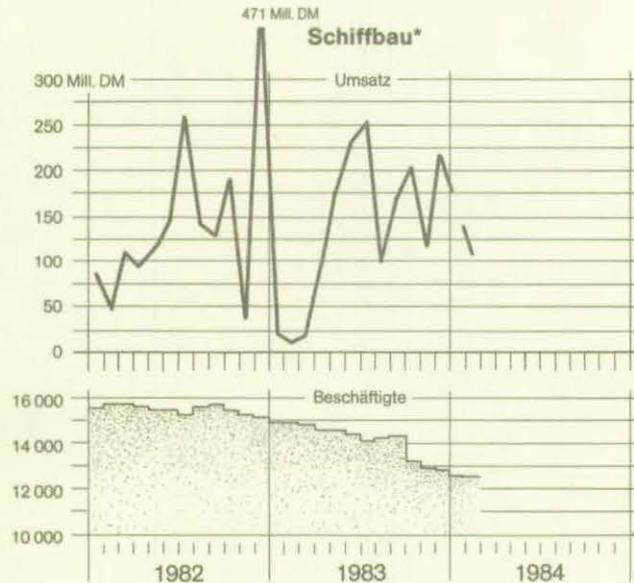
Verarbeitendes Gewerbe*



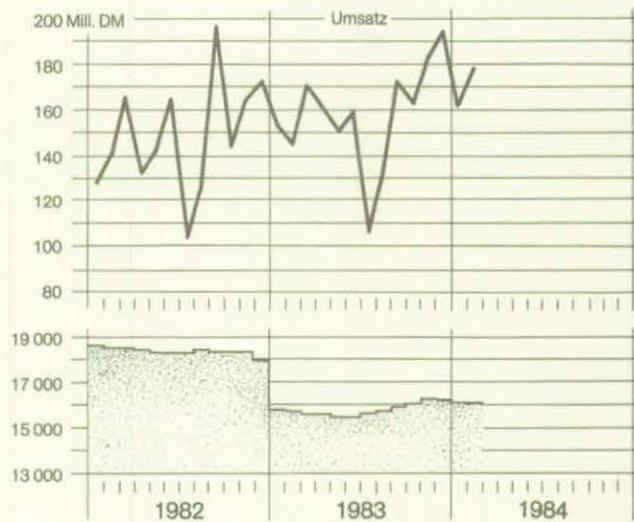
Maschinenbau*



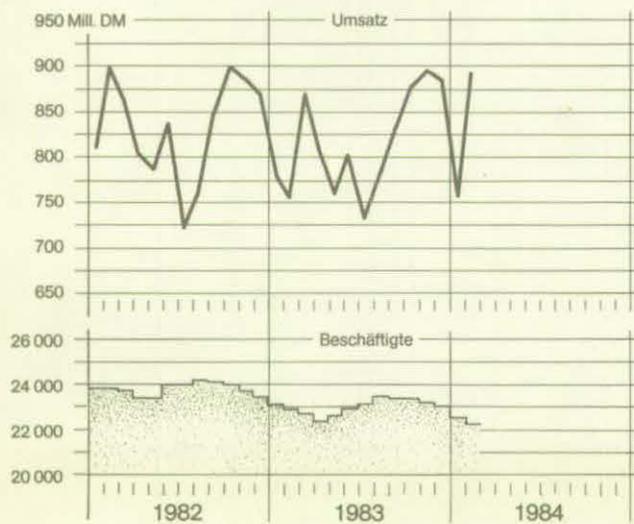
Schiffbau*



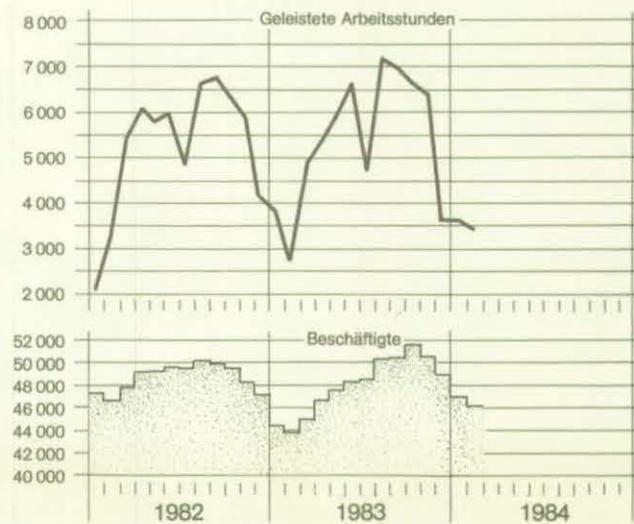
Elektrotechnik*



Nahrungs- und Genußmittel*



Bauhauptgewerbe



*Industrie- und Handwerksbetriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

